



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN

*eigenständiges Netzwerk unter dem Dach
des Innovators Club des DStGB*



**INNOVATORS
CLUB**

WIRKommunalen

2/21

Magazin der Jungen Bürgermeister*innen

Den Gemeinden muß das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der

SELBSTVERWALTUNG.

Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfaßt auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle.

Grundgesetz für die
Bundesrepublik Deutschland

Artikel 28
Absatz 2





Vernetzt statt abgehängt

**Ländliche Mobilität
gemeinsam zukunfts-
weisend gestalten**

Konzepte für die Mobilität von morgen fokussieren meist auf Metropolen und Innenstadtbereiche. Doch mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt in ländlichen Regionen. Für sie ist entscheidend, dass öffentliche, kommerzielle und bürgerschaftliche Mobilitätsangebote bestmöglich vernetzt werden – von Fahrradboxen über Dorfautos bis zum Bürgerbus, von aufgewerteten Zubringerlinien bis zu schnellen Expressbussen, selbstverständlich mit bequemem Zugriff über Apps und digitale Plattformen. In vielen Regionen konnten wir gemeinsam mit Verwaltung, Wirtschaft und Initiativen bereits zu vielversprechenden Lösungen beitragen. Gerne unterstützen wir auch Ihre Kommune oder Ihren Landkreis bei der Planung, Finanzierung und Umsetzung eines zukunftsgerechten Mobilitätsangebots.

Ihre Ansprechpartner

Maximilian Rohs
Senior Manager Infrastruktur & Mobilität
Tel.: +49 211 981-4252
maximilian.rohs@pwc.com



Liebe kommunalpolitisch Interessierte, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die kommunale Selbstverwaltung ist mit Art. 28 GG im Grundgesetz verfassungsrechtlich abgesichert. Warum das so ist, formuliert die bayerische Verfassung so: „Die Selbstverwaltung der Gemeinden dient dem Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben.“

Es stimmt. Demokratie kann vor Ort nur gelebt werden, wenn die Gemeinden über ihre örtlichen Angelegenheiten eigenverantwortlich entscheiden können, wenn ihnen auch ein angemessener Bestand an Aufgaben zukommt und dafür auch ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Und unsere Kommunen können diese Eigenverantwortung gut wahrnehmen. In dieser WIRKommunalen Ausgabe findet ihr dazu viele Beispiele.

Junge Politik ist gut fürs Land und für die Kommunen. Das zeigt unser Netzwerk immer wieder und das sieht man jetzt auch in Österreich so. Auch dort sind die Jungen Rathauschefs gerade dabei, sich zu organisieren (Seite 6-7). Es freut uns, dass wir dazu als Vorbild dienen. Nicht nur in Kommunen nimmt die Zahl der Jungen zu, die Verantwortung übernehmen. Auch bei der Bundestagswahl kandidieren in den Wahlkreisen und auf den Listen der Parteien erfreulich viele junge Politiker*innen. Unser Sprecher Michael Salomo hat für die Bundesebene vier entscheidende Punkte für nachhaltig handlungsfähige Kommunen aufgeschrieben (Seite 8-9). Zu „junger Politik“ gibt es auch Statements der Vorsitzenden und Sprecher der Jugendorganisationen der Parteien (Seite 10-11). Dann werfen wir einen Blick auf die letzten Oberbürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg. Dort gab es erfreuliche Ergebnisse für die jungen Bewerber (Seite 12-13).

Es folgen Beiträge zu spannenden Projekten einiger Amtskolleg*innen: Zum Thema Städtebau (Seite 14), digitale Innenentwicklung (Seite 16), smarte Kommunen (Seite 18 + 19); digitale Transformation (Seite 20) und Personalmanagement (Seite 22). Weiter geht es mit Praxisthemen zu klimagerechter Gebäudesanierung (Seite 24), zu neuen Ideen für den Straßenbau (Seite 26), zum Hinweisgeberschutz (Seite 27), Corona-Monitoring übers Abwasser (Seite 28) und Inklusion (Seite 29) Abschließend findet ihr detaillierte Infos zu unserem ersten Jahrestreffen im November in Berlin (ENDLICH!) sowie zu einer interessanten Digitalveranstaltung Mitte Oktober (Seite 30 + 31).

Viel Spaß beim Lesen wünscht



Henning Witzel

Leiter Hauptstadtbüro Netzwerk Junge Bürgermeister*innen



Foto: Ingo Boelter/ASK Berlin

„Den Gemeinden muß das
Recht gewährleistet sein, alle
Angelegenheiten der örtlichen
Gemeinschaft im Rahmen
der Gesetze in eigener
Verantwortung zu regeln.“

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Artikel 28, Absatz 2

IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion:

Henning Witzel (V.i.S.d.P.), Gero Fischer, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin

Anzeigen: Kerstin Böhm, ASK. Berlin, Layout: ASK. Berlin, Titel: Foto: Adobe Stock

Druck: Primus Print International GmbH, Hochstraße 14, 56306 Dernbach, Erscheinungstermin: September 2021



Foto: SAP

Alexander Kläger
Geschäftsführer SAP Deutschland

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Zukunft wird vor Ort gemacht. In großen Städten und kleinen Dörfern, von engagierten Bürgermeister*innen und ihren Stadt- oder Gemeinderät*innen, von Menschen mit viel Erfahrung und einem guten Gespür für die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Immer häufiger treffen sie inzwischen datengestützte Entscheidungen. Mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden hat laut einer Bertelsmann-Studie bereits Prozesse, Strukturen und Verantwortlichkeiten für ein Datenmanagement etabliert. Denn wer Tag für Tag vorausschauende Entschlüsse treffen soll, muss dies faktenbasiert tun. Besonders in Krisenzeiten. So brauchen die Gemeinden an Ahr und Erft nach der Flutkatastrophe schnell und einfach Zugang zu Daten, die ihnen ein genaues Ausmaß der Schäden zeigen. Und die Betroffenen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz benötigen einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu Fördermitteln über entsprechende Online-Verfahren.

In der Pandemie hat SAP besonders eng mit Behörden und Kommunen zusammengearbeitet und wir haben überall eine große digitale Aufgeschlossenheit erlebt. Etwa bei der Entwicklung der Corona-Warn-App oder den Anwendungen, mit denen vom Lockdown betroffene Unternehmen Fördermittel beantragen können sowie dem digitalen Bettenmanagement für Covid-Patienten. Die Mehrheit der Städte und Gemeinden hat verinnerlicht, dass Datenplattformen und Cloud-Infrastrukturen zu den Erfolgsfaktoren der Digitalisierung zählen. Bieten sie doch die Chance, Datensilos aufzubrechen, Informationen zu bündeln und neue Lösungen zu entwickeln. Ich bin daher zuversichtlich, dass wir mit der Krise einen Wendepunkt erreicht haben und Gemeinden im ganzen Land nun nachhaltige Veränderungen anstoßen werden.

In jeder Kommune fällt eine ungeheure Menge an Daten an: in der Kommunalstatistik, im öffentlichen Personennahverkehr, im Umweltbereich. Wer sie konsequent nutzt, kann seine Entscheidungsprozesse und Verwaltungsverfahren effizienter gestalten. Und so ein wichtiges Ziel erreichen: mehr Lebensqualität.

Keine Sorge: Kommunalpolitik lebt auch in digitalen Zeiten von Präsenz und echtem Austausch. Datenmanagement will daran nichts ändern. Sondern nur zu noch besseren Entscheidungen verhelfen.

Ihr

Alexander Kläger
Geschäftsführer SAP Deutschland

WARUM WIR DABEI SIND



Foto: Gemeinde Molbergen

Witali Bastian

Bürgermeister der Gemeinde Molbergen (Niedersachsen)

„Für mich als junger Bürgermeister ist das Netzwerk eine sehr große Bereicherung, es hilft mir, die Ideen und Anregungen aus dem Austausch in meine Gemeinde zu tragen. Da die Arbeit in den Rathäusern in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen wird, ist es wichtig, sich regelmäßig austauschen zu können, um das Rad nicht neu zu erfinden.“

Matthias Beer

Erster Bürgermeister der Gemeinde Beratzhausen (Bayern)

„Beim Netzwerk Junger Bürgermeister*innen finde ich immer schnellen Rat unter Kolleg*innen und gebe auch gerne Rat weiter. Außerdem schnappt man viele Ideen auf, die auch für die eigene Kommune sinnvoll sein können. Das allerbeste dabei ist aber, dass alles mit jungem Anstrich und ohne Parteischeuklappen bestens funktioniert.“



Foto: privat



Foto: privat

Eliza Diekmann

Bürgermeisterin der Stadt Coesfeld (NRW)

„Innovative Ideen, neue Ansätze, wie wir Kommunalpolitik und Stadtverwaltungen weiterentwickeln können sind für ganz Deutschland elementar. Ich freue mich, dass wir in diesem Netzwerk voneinander lernen dürfen, diskutieren und hinterfragen. Der breite Diskurs bringt unterm Strich die besten Lösungen – und das ist unser aller Ziel. Dazu kommt natürlich auch der persönliche Kontakt zu anderen Amtsträger*innen, der Geist und Seele einfach gut tut.“

Wiebke Schwarzweller

Bürgermeisterin der Stadt Zossen (Brandenburg)

„Die Arbeit von uns Kommunalpolitikern hat unmittelbare Auswirkungen auf die Menschen in unseren Städten und Gemeinden. Damit haben wir auch eine große Verantwortung für unsere Bürger. Die mit dieser Arbeit verbundenen Herausforderungen sind sehr komplex. Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen hilft, von den Erfahrungen anderer Bürgermeister zu profitieren, oder eben eigene Lösungen vorzustellen und zur Nachahmung anzubieten.“



Foto: Stadt Zossen



Foto: Gemeinde Stammham

Maria Weber

Bürgermeisterin der Gemeinde Stammham (Bayern)

„Wir kämpfen alle mit ähnlichen Herausforderungen und haben meist vergleichbare Aufgaben zu bewältigen. Da ist es ein unsagbarer Vorteil und eine große Erleichterung, wenn man sich mit anderen austauschen kann. Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen bietet hierfür eine sehr hilfreiche Plattform über Partei- und Landesgrenzen hinaus.“

FRISCHER WIND IM RATHAUS



Foto: event-fotograf

Der mit 24 Jahren aktuell jüngste Bürgermeister Österreichs, Michael Eibl aus Windischgarsten (Mitte) mit Oberösterreichs Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Johann Hingsamer (links) und Gemeindebund-Präsident Bürgermeister Alfred Riedl (rechts) bei den Kommunalen Sommergesprächen 2020 in Bad Aussee.

Liebe junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

Sie haben mit dem „Netzwerk Junge Bürgermeister*innen“ ein wichtiges Projekt auf die Beine gestellt. Gerade in der Kommunalpolitik ist es wichtig, neue Ideen zuzulassen und niemand bringt besser frischen Wind ins Rathaus als junge Politikerinnen und Politiker. Für diese jungen Männer und Frauen ist es wichtig, sich untereinander auszutauschen und zu spüren, dass man mit den Herausforderungen und Problemen in der eigenen Gemeinde nicht alleine ist. Beim gemeinsamen Austausch kann man

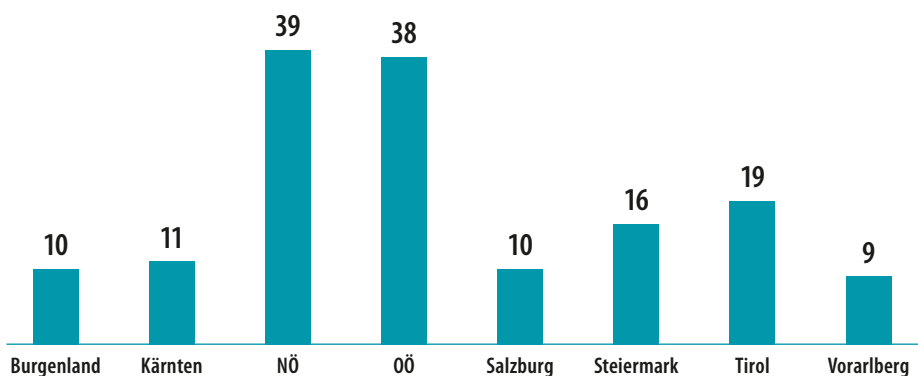
nicht nur wunderbar Kontakte knüpfen, sondern auch voneinander lernen. Auch für die Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden hat dies Vorteile, weil dadurch Fortschritt ermöglicht wird und das unmittelbare Lebensumfeld verbessert werden kann. Neue Lösungen entstehen meist nur, wenn man das Problem aus einer neuen Perspektive betrachtet. Der Wunsch nach Vernetzung ist daher valide und gut.

Wirft man einen Blick über die Grenze, ist das nicht anders. Wir sind stolz darauf, in Österreich aktuell 152 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von insgesamt 2.095 zu

zählen, die 40 Jahre oder jünger sind. Sie sind Vorbilder für alle jungen Menschen, die in ihren Gemeinden etwas bewirken möchten. Zehn Gemeinden in Österreich haben sogar eine Ortschaftin oder einen Ortschaften unter 30. Ich weiß, wie wertvoll der Austausch unter Amtskollegen sein kann und in Gesprächen mache ich immer wieder die Erfahrung, dass sich besonders unsere Jungbürgermeisterinnen und Jungbürgermeister eine engere Vernetzung untereinander wünschen. Diese Vernetzung über Partei- und Bundesländergrenzen hinweg will der Österreichische Gemeindebund unterstützen und vorantreiben.

Bürgermeister*innen in Österreich bis einschließlich 40 Jahre pro Bundesland

(n=152, Stand August 2021)



Von 2.095 österreichischen Gemeinden (2.094 ohne Wien) haben aktuell 152 eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister unter, bzw. bis einschließlich 40 Jahre. Am meisten junge Ortschaftinnen und Ortschaften hat das größte Bundesland Niederösterreich.

Quelle: Österreichischer Gemeindebund

Aus diesem Grund ist aktuell auch ein ähnliches Netzwerk unter jungen österreichischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Planung. Im Zentrum soll der bereits erwähnte kollegiale Austausch stehen. Wesentlich ist, dass wir gleichzeitig ein Treffen mit den jungen deutschen Rathauschefinnen und -chefs anstreben. Aus meiner Sicht ist der internationale Austausch nicht nur förderlich für die grenzübergreifende interkommunale Zusammenarbeit, sondern kann auch für beide Seiten positive neue Erkenntnisse bringen. Egal ob Infrastrukturausbau, Klimawandel oder Digitalisierung – wir in den österreichischen Gemeinden stehen vor sehr ähnlichen Herausforderungen wie Sie in Deutschland. Angesichts globaler Themen wie der Coronakrise und Umweltkatastrophen wird es zunehmend wichtig, Kommunen und Regionen miteinander zu vernetzen und bei diesen großen Herausforderungen unserer Zeit zusammenzuarbeiten. Um der drohenden gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken, sind Einigkeit und gemeinsame Ziele gefragt. Schwierige Zeiten erfordern innova-

tive Lösungen: Dabei sind es die jungen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die den Hebel in der Hand haben. Es liegt an ihnen, eine sichere und lebenswerte Zukunft für alle zu gestalten. Interkommunale und überregionale Kooperationen werden künftig gefragter sein denn je, wenn es darum geht, gemeinsam Lösungen für die großen Herausforderungen zu finden.

„Junge Politikerinnen und Politiker bringen andere Sichtweisen in die Kommunalpolitik ein.“

Vor diesem Hintergrund fand inmitten der Coronakrise im Frühjahr 2021 bereits ein gemeinsamer Austausch mit der österreichischen Jugendministerin Susanne Raab und unseren Jungbürgermeisterinnen und Jungbürgermeistern per Videokonferenz statt. Thema war in erster Linie die Bewältigung der Corona-Krise. Die jungen Politikerinnen und Politiker bringen andere Zugänge, Sichtweisen und Alltagserfahrungen in die Kommunalpolitik ein und stärken dadurch die örtliche Gemeinschaft. Das ist mitunter ein Grund, warum diese jungen Menschen

die Herausforderungen der Krise sehr gut gemeistert haben. Sie sind eine Bereicherung für jede Gemeinde und stellen Politik und Verwaltung auf zukunftsfeste Beine.

Es ist daher Ziel des Österreichischen Gemeindebundes, junge Führungskräfte in der Politik zu fördern und zu unterstützen. Jede Bürgermeisterin und jeder Bürgermeister unter 40 ist ein Vorbild für andere junge Menschen, die sich in ihrer Heimatgemeinde engagieren möchten. Es liegt in unser aller Interesse, die Jungen zu fördern, schließlich werden sie die Zukunft gestalten. Daher ist es notwendig, die Jugend bereits jetzt vorzubereiten, sie für die Kommunalpolitik zu begeistern und ihr das Wissen der älteren Generation als Werkzeug in die Hand zu legen.

Mit dem geplanten Austausch- und Vernetzungstreffen möchten wir einen aktiven Beitrag dazu leisten, junge Politikerinnen und Politiker bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Ob Bürgermeister, Gemeinderat oder jene, die in Vereinen tätig sind: Der gemeinsame Austausch stärkt junge Menschen und hilft ihnen, ihre Energien zu bündeln und mit Enthusiasmus für die Gemeinschaft einzu-

treten. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund ist schon lange ein guter Partner des Österreichischen Gemeindebundes und ich freue mich darauf, mit dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen in Deutschland den internationalen Austausch zwischen Kommunen zu stärken und vor allem den jungen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern dadurch ein erfolgreiches Netzwerken zu ermöglichen.



Foto: Philipp Wornhart/Characterfotos

Alfred Riedl

Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

ANZEIGE

Wasser. Partner. Zukunft.

Klimaschutz, Klärschlammverwertung, Effizienz, Digitalisierungsdruck, Fachkräftemangel ...

Die Herausforderungen im Wassermanagement für Kommunen, Verbände und Industrie sind komplex.

Wir entwickeln gemeinsam maßgeschneiderte Lösungen, die dabei helfen, Prozesse zu verbessern, Energie effizienter zu nutzen, Ressourcen zu schonen und zu erneuern.

Wir sind Veolia. Ihr Partner in der Wasserwirtschaft.
www.veolia.de/wasser

Ökologischer Wandel – das ist unser Antrieb.

Ressourcen für die Welt

VIER PUNKTE FÜR NACHHALTIG HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN

Kommunen, ob groß oder klein, haben die gleichen Herausforderungen. Die Lösung der Kernproblematik kann aber nur gelingen, wenn der Bund die entsprechenden Rahmenbedingungen schafft und die Kommunen die notwendige Unterstützung erhalten.

Kommunale Finanzierung / Fördertöpfe

Der Bund sollte sich auf die Staatsaufgaben konzentrieren und sollte sich auf seine Zuständigkeit gemäß Artikel 72 ff. Grundgesetz beschränken. Überschüssige Mittel sollen nicht per Förderprogramme an die Kommunen weitergeleitet werden, sondern die Kommunen sollen finanziell in die Lage versetzt werden, die in Artikel 28 (2) Grundgesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Vor Ort weiß man ganz genau, wo die kommunalen Bedarfe liegen. Gerade die großen Herausforderungen in der jüngsten Vergangenheit – die Bankenkrise, die Flüchtlingsbewegung und die Corona-Pandemie – zeigen, dass der Bund relativ schnell Milliardensummen bereitstellen kann. Zu Recht fragen uns die Bürgerinnen und Bürger, warum in ihrem Ort keine Gelder zur Verfügung stehen, um Kindergärten, Schulen oder Krankenhäuser finanzieren zu können. Durch dieses Vorgehen verlieren viele Menschen das Vertrauen in demokratische Prozesse, was zu Politikverdrossenheit führt und den radikalen Parteien Aufwind verschafft.

Katastrophen- und Bevölkerungsschutz

Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass es immer wieder unvorhergesehene Herausforderungen gibt, wie beispielsweise das Thema Asylunterbringung, die Corona-Pandemie und die Unwetterereignisse.

Hier muss man eine dringende Optimierung vornehmen. Die Zusammenarbeit des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe mit den Kommunen muss unbedingt verbessert werden. Man sollte sich auf ein einheitliches, bundesweites Warnsystem einigen, entweder mit Sirenen oder per App.

Bürgerinnen und Bürger müssen durch Übungen für den Krisenfall sensibilisiert werden, den Schülerinnen und Schülern muss man im Unterricht die Warnsignale und das richtige Verhalten erklären.

Nachwuchskräftemangel im öffentlichen Dienst

Eine Studie von McKinsey & Company besagt, dass bis 2030 mehr als jeder dritte Beschäftigte im öffentlichen Dienst in den Ruhestand gehen wird. Da die Behörden zugleich einen Nachwuchsmangel haben, klafft eine Personallücke von über 730.000 Beschäftigten. Davon entfallen ungefähr 400.000 auf die mittlere Führungsebene, die für die Umsetzung von Zukunftsinitiativen von besonderer Bedeutung ist. In der Verwaltung führt das zu unmittelbaren Auswirkungen auf unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, da eine gut funktionierende Verwaltung, egal ob auf kommunaler Ebene, Landes- oder Bundesebene, von elementarer Bedeutung für den Staat ist. Der öffentliche Dienst als Arbeitgeber muss attraktiver gemacht werden, die Ausbildungskapazitäten deutlich erhöht werden und eine Karriere im öffentlichen Dienst darf nicht nur mit dem Argument eines „sicheren Arbeitsplatzes“ beworben werden.

Bezahlbarer Wohnraum

Bezahlbarer Wohnraum ist für alle Menschen ein wichtiger Faktor. Die Miete ist ein fester Kostenblock, der monatlich zu Buche schlägt. Nur wenn den Menschen genügend Kaufkraft bleibt, kann eine attraktive Innenstadt gedeihen. Deswegen liegt es in der Verantwortung der Kommune, dafür zu sorgen, ausreichend bezahlbaren, barrierearmen Wohnraum zu schaffen. Der Fokus muss auch auf den Gewerbetreibenden und den Gastronomen liegen, die in der Pandemie nicht allein unter dem Lockdown, sondern auch dem Boom des Online-Handels und der Discounter-Ketten litten. Corona hat das Problem nicht verursacht, sondern extrem verstärkt.

Wir müssen aktiv Sorge dafür tragen, dass insbesondere Menschen mit systemrelevanten Berufen oder niedrigem Einkommen nicht ausgeschlossen oder an den Rand gedrängt werden. Eine Kommune muss alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen, gleich ob alt oder jung, ob arm oder reich.



Foto: Sven Götz

Michael Salomo

Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim an der Brenz
Dozent der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl
Dozent an der Intersectoral School of Governance BW der DHBW Heilbronn., Sprecher des bundesweiten parteiübergreifenden „NETZWERK JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN“

ANZEIGE

BertelsmannStiftung

Das Team der Bertelsmann-Stiftung wünscht allen jungen Bürgermeister*innen viel Erfolg.



Wir unterstützen Sie gerne.

Besuchen Sie uns auf: Kommunen-schaffen-Zukunft.de | Keck-Atlas.de | SDG-Portal.de | Wegweiser-Kommune.de

”

Junge, engagierte Politiker stellen im kommunalen Geschehen die wichtigsten und standhaftesten Advokaten für die Anliegen unserer Generation dar. Sie stehen für neue Ideen, innovative Lösungsansätze und für einen Aufbruch in unserer Gesellschaft. Umso mehr Bedeutung erhalten somit weitreichende Austauschmöglichkeiten, wie das Netzwerk Junger Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Für die positive Entwicklung Deutschlands ist die demokratische Partizipation junger Leute essentiell. Hier geht jeder Einzelne von Ihnen mit gutem Beispiel voran und zeigt, dass es sinnvoll und möglich ist, seine Heimat aktiv mitzugestalten. Denn schließlich profitiert jeder Ort und jede Gemeinde von einem Gremium, das einen Querschnitt der gesamten Gesellschaft repräsentiert und somit ein Auge für ALLE Belange hat.

Und dieser Querschnitt sollte natürlich auch gerade junge Menschen miteinschließen. Wer sonst hätte einen besseren Blick für die Hoffnungen und Sorgen der Zukunft als diejenigen, die diese Zukunft noch wirklich miterleben werden.

Die kommunale Ebene kann nicht der Lastesel für die Entscheidungen aus Landes- und Bundespolitik sein, sondern braucht Freiraum zum Atmen – sowohl gestalterisch als auch finanziell. Die Junge Union Bayern ist besonders stolz auf über 700 kommunale JU-Mandatsträger. Wir werden uns weiterhin stark für die bessere Einbindung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern einsetzen.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement – kommunale Politik ist eine Herzensangelegenheit für unser Land.



**CHRISTIAN DOLESCHAL,
MdEP**

Landesvorsitzender Junge Union Bayern

WARUM JUNGE POLITIK GUT FÜRS LAND IST

Am 26. September ist Bundestagswahl. Die Ergebnisse der Wahl werden auch auf uns in den Kommunen erhebliche Auswirkungen haben. Wir haben deswegen bei den Jugendorganisationen der großen demokratischen Parteien nachgefragt* „Warum junge Politik gut fürs Land (und für Kommunen) ist“. Die Antworten findet ihr hier:



JESSICA ROSENTHAL

Jusos Bundesvorsitzende

”

„Als Jusos wollen wir jungen Menschen eine Stimme in der Politik geben. Wir stehen dafür, dass jede*r das eigene Leben so gestalten können soll, wie man möchte – ohne Angst vor Diskriminierung und auch unabhängig von Herkunft oder Geldbeutel der Eltern.“

Und wir treten an für die politischen Interessen unserer eigenen Generation, weil wir nicht mehr wollen, dass Zukunftsfragen ohne uns besprochen werden. Viele dieser Fragen werden im Moment nur halbherzig angegangen und vor allem an uns jungen Menschen vorbei. Wir treten mit über 80 Kandidierenden bei der Bundestagswahl an, die unter 35 Jahren sind. So viele wie nie zuvor. Wir sind die größte Jugendbewegung, die sich je auf den Weg in den Bundestag gemacht hat. Dort wollen wir endlich den Sound der Politik ändern.

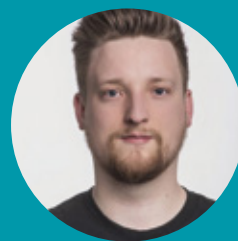
Und für uns junge Menschen geht es bei dieser Wahl um sehr viel. Wir wollen Weichen stellen in Fragen zu Ausbildung, Mobilität und Wohnen. Hier läuft zu viel schief. Wir kämpfen für eine umlagefinanzierte Ausbildungsgarantie, einen Nahverkehr, der ökologisch und fahrscheinlos ist und für einen Mietenstopp. Und auch die Klimakrise muss jetzt richtig angegangen werden, mit einem sozial-ökologischen Umbau unserer Industrie, die Arbeitsplätze sichert und schafft und Deutschland als Wirtschaftsstandort absichert. Auch der Umbau unseres Gesundheits- oder des Rentensystems werden sich in den kommenden Jahrzehnten vor allem auf unsere Generationen auswirken. Darum ist es wichtig, dass wir mit am Tisch sitzen, wenn über diese Zukunftsfragen gesprochen wird und Entscheidungen getroffen werden.“

* von der Jungen Union haben wir trotz mehrfacher Nachfrage leider keine Antwort bekommen. Kurzfristig ist darum hier die JU Bayern als Jugendorganisation der CSU mit ihrem Statement eingesprungen. Danke dafür.



Unsere Generation hat in der Corona-Pandemie auf vieles verzichten müssen und nicht alles werden wir nachholen können. Die Lockdown-Endlosschleife hat psychische Erkrankungen, wirtschaftliche Nöte und Bildungsungerechtigkeiten verschärft. Coronahilfen gab es für unsere Generation nicht, dafür einen Totalausfall bei der digitalen Bildung und obendrauf eine historische Rekordneuverschuldung. 75 Prozent der jungen Menschen gaben in einer Studie an, dass sie sich von den Corona-Maßnahmen vergessen fühlen, so viele wie in keiner anderen Generation.

Doch bereits vor der Corona-Pandemie fanden die Interessen der jungen Generation in der Politik zu wenig Gehör. Der demographische Wandel führt zu einer stetigen Verschiebung von Wählergruppen und Themen zugunsten der älteren Generation. Eine dringend notwendige Rentenreform wird seit Jahren verschleppt. In der Klimapolitik braucht es das Bundesverfassungsgericht, um die Freiheit von heute mit der Freiheit von künftigen Generationen ins Verhältnis zu setzen. Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt immer noch ganz entscheidend vom sozialen Status und dem Bildungsgrad der Eltern ab. Trotzdem bleibt eine Modernisierung des Bildungssystems weiter aus. All diese Beispiele zeigen, dass es eine Politik braucht, die in Jahrzehnten statt nur in Legislaturperioden denkt. Dafür braucht es junge Menschen auf allen politischen Ebenen, damit die Lebensrealitäten der jungen Generation im politischen Diskurs überhaupt vorkommen. Die Zukunft hat verdient, dass sie eine Stimme bekommt!



JENS TEUTRINE

Bundenvorsitzender der Jungen Liberalen (JuLis) e. V.

Foto: privat



Wir sehen, dass so viele Krisen gleichzeitig auf uns zu prasseln und trotzdem viel zu wenig passiert: Klimakrise, Bildungskrise, Gesundheitskrise, Afghanistankrise und und und.

Diese Krisen könnten einen erdrücken, und sie machen es auch oftmals. Aber das Gute ist, als Grüne Jugend kämpfen wir nicht allein. In den Kommunen und Landesparlamenten haben wir vorgemacht, was es heißt, als junger Mensch politische Verantwortung zu übernehmen: von Baden-Württemberg über Thüringen bis Schleswig-Holstein übernehmen wir in den Kommunalparlamenten Verantwortung für akute Probleme und lösen diese nachhaltig. Denn oftmals sind junge Menschen nicht einfach nur jung, sondern Expert:innen in ihrem Fachbereich. Verkehrswende, Mobilitätsgarantie und gerechtere Bildungspolitik wird von uns vor Ort stark erkämpft und gestaltet. Das alles reicht uns aber nicht: Diesen September machen wir die Ansage, auch bundespolitisch das Ruder rumzureißen, denn Zukunft für alle ist wichtiger als Profite für wenige.

Gemeinsam mit unseren 70 Kandidat:innen unter 35 und unseren 24 Spitzenkandidat:innen in den Bundesländern retten wir das Klima und schaffen eine Welt, in der sich niemand Sorgen um die Zukunft machen muss. Wir kämpfen dafür, dass endlich Schluss ist mit zu teuren WG-Zimmern, dass jeder junge Mensch garantiert einen Ausbildungsplatz und einen guten Lohn bekommt, dass massiv in Gesundheit und Schulen investiert wird und dass nicht nur Großkonzerne mit Milliarden gerettet werden, sondern auch die Stammkneipe und das Jugendzentrum durch die Krise kommen. Denn eins ist klar: Wir können diesen Herbst Geschichte schreiben und Zukunft erkämpfen!



ANNA PETERS

Bundessprecherin der Grünen Jugend

Foto: Elias Kellhauser

MICHAEL NEUHAUS

Bundessprecher linksjugend [solid]



Foto: Ben Gross



40-Stunden Arbeitszeit und wenig Freizeit. Ein Bildungssystem, das Schüler:innen in erster Linie als lebende Ressource für die Wirtschaft betrachtet. Sich mit 20 schon auf die Rente mit 67 freuen, um endlich das Leben genießen zu können. Ein Wirtschaftssystem, das Mensch und Natur durch Zwang zum grenzenlosen Wachstum immer stärker ausbeutet und dabei unsere natürlichen Lebensgrundlagen zerstört.

Diese Verhältnisse erben wir, wenn wir auf die Welt kommen. Sie sind aber nicht in Stein gemeißelt. Jede Generation hat das Recht, selbst zu entscheiden in was für einer Welt sie leben will.

Wer Visionen hat, sollte also nicht, wie Helmut Schmidt sagte, zum Arzt gehen, sondern politisch aktiv werden.

Und in der Tat: Viele Dinge, die uns heute selbstverständlich erscheinen, wie zum Beispiel das allgemeine Wahlrecht, ein gesetzlicher Urlaubsanspruch oder eine Krankenversicherung galten früher als utopisch und mussten oft teuer erkämpft werden. Oft gegen einen brutalen Staat und autoritäre Regierungen.

JUNG, ERFAHREN, ERFOLGREICH

Junge Bürgermeister in Baden-Württemberg erobern die Oberbürgermeisterstühle.

Im Baden-Württemberg gibt es überdurchschnittlich viele junge Bürgermeister*innen. Anfang November gewann der damals 29-jährige Alexander Maier die Oberbürgermeisterwahl im Göppingen gegen den Amtsinhaber und wurde jüngster Oberbürgermeister Deutschlands.

Fast noch mehr Aufmerksamkeit gab es für den jungen Tengener Bürgermeister Marian Schreier, als dieser, damals 30 Jahre alt, für die Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl seinen Hut in den Ring warf. Zwar hat es für Schreier bei der Wahl im November, trotz respektabler 36,9 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang nicht gereicht, doch setzte er damit den Startpunkt für eine Reihe von Wahlsiegen junger Bürgermeister bei Oberbürgermeisterwahlen im Südwesten.

Junge Nachfolger für langjährige Amtsinhaber

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt wurde also nicht Schreier, sondern Dr. Frank Töpfer, bis dahin Oberbürgermeister in Backnang, so dass dort eine Neuwahl nötig wurde. Am 28. März 2021, 12 Tage nach seinem 34. Geburtstag, gewann Maximilian Friedrich mit überwältigenden 81,5 Prozent der Stimmen die Wahl und wurde zum neuen Oberbürgermeister seiner Geburtsstadt Backnangs gewählt. Friedrich, der erst im Juni vergangenen Jahres in seine zweite Amtsperiode als Bürgermeister der Gemeinde Berglen (Rems-Murr-Kreis) gewählt worden war, freute sich über den riesigen Vertrauensvorschuss und versprach alles daranzusetzen, diesen auch zurückzu-

zahlen. Schon im ersten Wahlgang hatten ihm trotz acht Gegenkandidaten nur etwa 0,5 Prozent für eine absolute Mehrheit und damit bereits eine Entscheidung in erster Runde gefehlt.

Am 20. Juni wurden die Heidenheimer an die Wahlurne gerufen. Über 20 Jahre war dort Bernhard Ilg Oberbürgermeister und trat diesmal nicht mehr an. Michael Salomo, Sprecher des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen, wurde dabei schon im ersten Wahlgang mit einem eindeutigen Wahlergebnis zum neuen Oberbürgermeister gewählt.

Salomo konnte mit knapp 61 Prozent der Stimmen gleich die absolute Mehrheit auf sich verbuchen. Der 32 Jahre alte Bürgermeister der Gemeinde Haßmersheim im Neckar-Odenwald-Kreis, bei seiner Wahl dort 2014 jüngster hauptamtlicher Bürgermeister Deutschlands, konnte bei seiner Kandidatur auch mit seiner Erfahrung als Verwaltungschef punkten.

Auch im benachbarten Aalen hatte der bisherige Oberbürgermeister erklärt, nicht mehr zur Wahl anzutreten. Der 37-jährige Frederick Brütting, seit neun Jahren Bürgermeister in Heubach (Ostalbkreis), gewann die Wahl am 27. Juli und wird ab Oktober neuer Oberbürgermeister von Aalen. Er konnte sich im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit von über 71 Prozent gegen vier Mitbewerber*innen durchsetzen.

Er will Aalens Wirtschaft und Innenstadt beleben, den sozialen Zusammenhalt stärken. Und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe begegnen, sagte Brütting vor der Wahl.

Gleich zwei junge Bürgermeister traten Anfang Juli in Schwäbisch-Hall bei der Oberbürgermeisterwahl an. Schon die ersten Auszählungen zeigten einen klaren Vorsprung des 36-jährigen Daniel Bullinger, Bürgermeister aus Oberrot (Kreis Schwäbisch Hall), der gut 42 Prozent erreichte. Simon Michler, Bürgermeister in Edingen-Neckarhausen (Rhein-Neckar-Kreis), erzielte 22 Prozent im ersten Wahlgang und zog für den zweiten Wahlgang zurück. Ebenso wie die 39-jährige Sarah Holczer mit knapp 15 Prozent.

Im zweiten Wahlgang am 18. Juli setzte sich Bullinger dann deutlich mit 72,5 Prozent durch. Seit 1. September ist er neuer Oberbürgermeister in Schwäbisch Hall.

Kopf-an-Kopf-Rennen

Auch die Stadt Esslingen bekommt einen neuen Oberbürgermeister, nachdem Amtsinhaber Jürgen Ziegler sich nach 25 Jahren in den Ruhestand verabschiedet. Mat-



Foto: Stadt Heidenheim

Amtseinführung von Michael Salomo als neuer Oberbürgermeister von Heidenheim am 5. August 2021



Daniel Bullinger bedankt sich nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Stichwahl in Schwäbisch-Hall. Der noch amtierende Oberbürgermeister Herman Josef Pelgrim (vorne links) hört zu.

thias Klopfer ist jedoch schon 53 Jahre alt. Der Oberbürgermeister von Schorndorf konnte die Neuwahl am 25. Juli mit 49,5 Prozent der Stimmen nach einem Wahlkrimi knapp für sich entscheiden. Bei der

Neuwahl reichte eine einfache Mehrheit und der 32-jährige Gegenkandidat Daniel Töpfer, Bürgermeister der Gemeinde Weissach im Landkreis Böblingen, lag mit 48,3 Prozent der Stimmen nur hauchdünn an zweiter

Stelle, nachdem er im ersten Wahlgang am 11. Juli noch die meisten Stimmen auf sich vereinen konnte.

Göppingen, Backnang, Heidenheim, Aalen, Schwäbisch-Hall gehen die vor ihnen liegenden Herausforderungen nun also mit jungen Oberbürgermeistern an. Aber auch die Wahl in Esslingen eröffnet neue Möglichkeiten für einen weiteren jungen Oberbürgermeister. Denn Schorndorf muss nun einen Nachfolger für Matthias Klopfer suchen. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass dort bei der Wahl im November der Wahlsieger oder die Wahlsiegerin jünger als 40 sein wird.

Henning Witzel

Leiter Hauptstadtbüro Netzwerk Junge Bürgermeister*innen

ANZEIGE

 The advertisement features a background image of firefighters in full gear standing next to a red fire truck labeled 'FEUERWEHR 112'. In the foreground, two firefighters are holding a hose. A circular inset shows a blue flexible water tank installed outdoors. The text is overlaid on the right side of the image.

Flexible Zisternen

Die zuverlässige Wasserreserve für Kommunen, Feuerwehr oder Landwirtschaft

Zunehmende Herausforderung:
Große Hitze und anhaltende Trockenheit ...

... erhöhen spürbar die Brandgefahr in vielen Regionen und damit auch die Anforderungen an die Löschwasserversorgung. Allein geraten Kommunen immer häufiger an ihre Grenzen, die vorhandene Infrastruktur reicht nicht immer aus. Flexible Zisternen sind hier eine sichere, kostengünstige und schnell umsetzbare Lösung.

Wir sind Veolia. Ihr Partner in der Wasserwirtschaft.

www.veolia.de/loeschwasserzisternen

Ökologischer Wandel – das ist unser Antrieb.

Ressourcen für die Welt 

Stadtumbau in Heringen (Werra)

DIE EIGENE ZUKUNFT SELBST GESTALTEN

Fotos: Stadt Heringen

Die alte, ortsbildprägende Werramühle wäre perspektivisch ebenfalls ein Projekt, das durch den Stadtumbau saniert werden könnte.

Die Städte der Gegenwart stehen vor den Herausforderungen der Zukunft. Mit der Umsetzung des Stadtumbauprogramms, gefördert durch den Bund und das Land Hessen, will die Stadt Heringen (Werra) vor Ort ebenjene gestalten.

Mehr als 30 Jahre ist nun die Wiedervereinigung her. Noch heute ist sie zu großen Teilen hier in der osthessischen Region spürbar. Denn hier, im ehemaligen deutsch-deutschen Grenzgebiet, hörte im wahrsten Sinne des Wortes die Welt, wie wir oder unsere Eltern sie kannten, auf. Heute liegt meine Heimatstadt Heringen mitten in Deutschland und Europa.

Das ist der eine Punkt, der die Region in Osthessen so besonders macht. Der andere ist die Industriekultur. Vielleicht nicht in dem Ausmaß, wie man es aus dem Ruhrgebiet kennt – alles ist hier etwas kleiner gehalten. Der Kalibergbau sorgt hier aber dennoch für ein hohes Maß an Geschichtsträchtigkeit und Identifikation – wir grüßen hier mit „Glückauf“! Schließlich führte die Industrie dazu, dass Heringen im Jahre 1977 die Stadtrechte erhielt, zwischenzeitlich auf fast 11.000 Einwohner wuchs und im besonderen Maße von der damaligen „Zonenrandförderung“ profitierte. Diese Entwicklung sorgte dann auch dafür, dass die Stadt Heringen sich eine Infrastruktur aufbauen konnte, um die sie manch größere Städte beneidete. Die aber auch gepflegt

werden und die insbesondere fit gemacht werden muss für die Zukunft. Vor diesen Herausforderungen stehen wir seit ein paar Jahren.

Neben den üblichen Herausforderungen, die wir als ländlicher Raum meistern müssen – sei es der demographische Wandel, ein ausbaufähiger Nahverkehr und oftmals träge Prozesse, lautete für uns die Kernfrage im Jahr 2016, also kurz nach meinem Amtsantritt: Wie können wir die Kernstadt, die mit ca. 3.500 Einwohnern der größte Stadtteil ist, attraktiv gestalten? Mit dieser Ausgangsfrage ausgestattet machten wir uns auf dem Weg zum Fördergeber und erhielten glücklicherweise im Herbst 2016 den Zuschlag. Grundlage des Stadtumbauprogrammes, welches seit 2020 Programm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ genannt wird, ist das von der Stadt zu erstellende Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept, kurz: ISEK. Das ISEK ist sozusagen der Kompass der Stadt für die kommenden 10 Jahre, die das Stadtumbauprogramm andauern wird.

Allerdings war mir hierbei von Anfang an wichtig, den partizipativen Gedanken nicht zu kurz kommen zu lassen. Das heißt, wir wollten die Bürgerinnen und Bürger von Beginn an einbinden. Diese sollten gemeinsam mit der Verwaltung und der Kommunalpolitik Projekte identifizieren und dann später begleiten. In mehreren Workshops



Die in die Jahre gekommenen Sportplätze in Heringen werden mit insgesamt 2,2 Mio. Euro saniert.



Der neue Kirchenvorplatz ist der erste Baustein des Heringer Stadtumbaus.

konnten so insgesamt 45 Einzelprojekte erarbeitet werden, die jeweils mit rund zwei Dritteln der förderfähigen Kosten von Bund und Land finanziert werden.

Gleichzeitig bedeutet die Aufnahme in das Programm jedoch nicht, dass nur kommunale Projekte umgesetzt werden müssen. Auch Dritte können vom Programm profitieren. So war es ein kirchliches Projekt, die Umgestaltung des Kirchenvorplatzes der evangelischen Kirche, welche den Kick-off zum baulichen Teil des Programms darstellte. Dieser ist nun barrierefrei zu erreichen, optisch ansprechend und kann nun auch wunderbar für kirchliche oder städtische Veranstaltungen genutzt werden. Ein neuer Ort der Begegnung wurde geschaffen.

Als weiteres privates Projekt befindet sich derzeit die Errichtung einer altersgerechten Wohnanlage in der Bauleitplanung. Kurzum, es geht uns hierbei nicht nur um wichtige kommunale Einrichtungen, sondern um einen integrativen Ansatz, der die Stadt tatsächlich weiterbringt.

Für die kommunale Seite hingegen haben wir derzeit drei Projekte mit höchster Priorität, die sich kurz vor der Umsetzung befinden: die Sanierung der Sportplätze samt

Nebenanlagen (einer der beiden Sportplätze wird zum Kunstrasenplatz), das Werra-Kalibergbau-Museum (Deutschlands größtes Spezialmuseum zum Thema Kali-Bergbau) mit dem dazugehörigen Vorplatz sowie das Bürgerhaus der Stadt Heringen. Insgesamt liegen wir allein bei diesen drei Maßnahmen bei etwa 10 Millionen Euro Investitionsvolumen. Weitere Zukunftsprojekte sind beispielsweise der Ersatzneubau einer kombinierten Kindertagesstätte und Kinderkrippe, da auch hier der Bedarf steigt.

„Der Stadtumbau hat die Bürgerinnen und Bürger wieder näher zusammengeführt.“

Der Stadtumbau bringt für uns sicher nicht nur finanzielle Anreize mit sich, sondern hat die Stadt – die Bürgerinnen und Bürger – wieder näher zusammengeführt. Das Bürgergremium „Lokale Partner“ identifiziert und berät Projekte, empfiehlt diese an die lokale Politik und begleitet sie bis zur Umsetzung. Damit steigt die Identifikation mit der Stadt. Gleichzeitig wird von außen erkannt, dass sich in Heringen „etwas tut“, wodurch die Wahrnehmung und Attraktivität steigen.

Nun ist das Stadtumbauprogramm nur ein Baustein vieler Maßnahmen, die ineinandergreifen müssen, um den ländlichen Raum zu stärken. Allerdings ist es ein wichtiger, schließlich geht es darum, die Infrastruktur nachhaltig zu verbessern.



Daniel Iliev

ist seit 1.7. 2016 Bürgermeister in Heringen (Werra). Er setzte sich im März 2016 in der Stichwahl gegen den damaligen Amtsinhaber mit 53,4 Prozent durch. Iliev kickt aktiv bei den Alten Herren der SG Werratal und ist zweifacher und amtierender Kreismeister.

ANZEIGE

Die Demokratie-Dienstleister

Winkhardt + Spinder aus Stuttgart bieten IT-Lösungen zur Erleichterung der kommunalpolitischen Arbeit an

WINKHARDT  SPINDER

Es gibt viele Menschen, die sich für Kommunalpolitik interessieren. Und doch hat das Ganze oftmals einen Haken: Bevor überhaupt Entscheidungen fallen, diskutieren die Mitglieder in den beteiligten Gremien oftmals über viele Stunden. Und das nicht selten in den Abendstunden. Berufstätige können sich diesen Zeitaufwand nicht leisten. Die Konsequenz: Es wird für Parteien und Wählergemeinschaften immer schwerer, engagierte Menschen zu finden.

Zum Glück gibt es ein Unternehmen, das dieses Problem zu großen Teilen lösen kann: Winkhardt + Spinder aus Stuttgart. Dank ihres schwäbischen Erfindergeistes und der Partnerschaft mit Assembly Voting aus dem dänischen Brøndby haben Kommunen, Landkreise und öffentlich-rechtliche Institutionen die Möglichkeit, ihre Abstimmungs- und Wahlverfahren zu vereinfachen – eine IT-Lösung, die den Akteuren nicht nur Rechtssicherheit und ein hohes Maß an Datenschutzsicherheit bietet.

Wer das Conference-Voting-System nutzt, muss dafür keine zusätzliche Software auf seinem Computer oder Tablet installieren. Das System aus Stuttgart und Brøndby ist browserbasiert. Jede Nutzerin beziehungsweise jeder Nutzer gibt die Domain in den Browser ein, loggt sich mit seinen Daten ein und schon kann die Abstimmung beginnen. Wichtig: Das Einloggen erfolgt immer über eine Zweifach-Authentifizierung mit Kennwort plus SMS-, Brief- oder E-Mail-Code.

Die zwei Prozesse Abstimmung und Diskussion sind strikt voneinander getrennt. Deshalb ist zum Einsatz des Conference-Voting-Systems zusätzlich ein Videokonferenzsystem notwendig. Dieses ermöglicht zum Beispiel der jeweiligen Mandatsprüfungs- und Zählkommission, völlig unabhängig von der Diskussion alle Abstimmungsergebnisse digital zu verarbeiten.

Das Stuttgarter Unternehmen kann auf einen reichen Erfahrungsschatz bauen. Die Erfolgsgeschichte begann vor 30 Jahren mit dem

Kuvertierservice sowie später dem Druck und Versenden von Wahlunterlagen für Einrichtungen wie Kassenärztliche Vereinigungen, Industrie- und Handels- sowie Pflegekammern.

In den folgenden Jahren wurde dieser Bereich Kuvertierservice und Wahlmanagement zum größten Anteil am Firmenumsatz. Winkhardt + Spinder ist seit 2019 auch für Kommunen tätig. Druck, Versenden und Vorbereitung der Wahlunterlagen für die Auszählung machen das Unternehmen zum integrierten Dienstleister. Hier wie in allen Bereichen können die Stuttgarter mit ihrer IT-Expertise und eben ihrem jahrzehntelangen Erfahrungsschatz punkten.

Winkhardt + Spinder sehen sich übrigens als Demokratie-Dienstleister: Das Unternehmen arbeitet mit allen demokratischen Parteien und Institutionen zusammen.

Ulf Buschmann

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.winkhardt-spinder.de

DIGITALE INNENENTWICKLUNG IN BAD SODEN-SALMÜNSTER

Mit Grund und Boden soll sparsam umgegangen werden, so formuliert es schon der §1a des BauGB.

Über die Notwendigkeit ressourcenschonender und nachhaltiger Städteplanung liest und hört man dieser Tage sehr viel – nicht erst seit der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.

Weniger Flächenverbrauch, Nachverdichtung und Innenentwicklung gewinnen demnach nicht nur aus Effizienz- und Kostengründen zunehmend an Bedeutung. Natur- und Umweltbelange spielen bei allen kommunalen Entscheidungen und insbesondere bei der baulichen Entwicklung unserer Städte und Gemeinden eine gewichtige Rolle. Aus dieser Überzeugung heraus setzen wir bei unserer Stadtentwicklung zunehmend auf Nachverdichtung und Baureifmachung von Potenzialflächen. Und das nicht trotz der Schwierigkeiten im Innenbereich, sondern gerade deswegen!

Wer sich fragt, was ich damit meine: Trotz steigendem Druck auf dem Wohnungsmarkt kämpfen wir, wie der Großteil aller Kommunen im Land, mit zunehmendem Leerstand in den Innenstädten, mit einer Zersiedelung, die – sei es durch Bequemlichkeit in der Planung oder aus anderen Gründen – städtische Strukturen schwächt und auf lange Sicht teuer macht.

Es geht nicht um das Verbot des Eigenheims oder der Neubaugebiete „auf der grünen Wiese“, wie es Anton Hofreiter fälschlicherweise in den Mund gelegt wurde. Hofreiter hat vielmehr ein sehr zentrales Thema für uns Kommunen ansprechen wollen: Es bedarf besserer bzw. schnellerer rechtlicher Werkzeuge und mehr Mut in den Kommunen, Innenentwicklung voranzutreiben sowie geeigneter Fördermöglichkeiten und Anreize für Eigentümer.

Aus dem einfachen Grund, dass Boden nicht vermehrbar ist, dass das Leben in die Außenbereiche verlagert wird und wir den sogenannten „Donut-Effekt“ bekommen. Etwas, das niemals im Interesse der Kommunalpolitik sein kann.

Um gegen diese Entwicklung anzugehen bedarf es einer soliden Datengrundlage. Man muss also nicht nur wissen, wo die eigene Kommune noch über Baulücken verfügt oder Leerstand bereits vorhanden ist, sondern vielmehr, welche Flächen im Innenbereich potentiell entwickelt werden können und wo zukünftiger Leerstand droht. Das Ganze aktuell und zeitgemäß digitalisiert und für die Verwaltung auswertbar. Der notwendige sparsame Umgang mit der Res-

source „Fläche“, bei gleichzeitig steigendem Wohnraumbedarf im Rhein-Main-Gebiet, hat die Stadt Bad Soden-Salmünster deshalb dazu veranlasst, gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Innenentwicklung die eigenen Potenziale zu erheben, digital auswertbar zu machen und einer zukünftigen Entwicklung zuzuführen.

Für dieses Vorhaben wurden folgende Ziele ins Auge gefasst:

Erfassung von Baulücken: Grundstücke im Innenbereich, die an eine erschlossene Straße grenzen und entweder nach §34 oder gemäß eines gültigen Bebauungsplans bebaut werden könnten. Die Erfassung erfolgte anhand von Orthofotos und anonymisierter ALKIS Daten. (< 2.000 m²)

Erfassung von Innenentwicklungspotenzialen: Innenentwicklungspotenziale sind unter anderem große, teilbare Grundstücke oder zusammenhängende Areale aus mehreren Grundstücken, die im Innenbereich liegen und auch als Nachverdichtungspotenziale verstanden werden können. (> 2.000 m²)

Leerstandserfassung: Erfassung von Leerständen mit der Unterteilung Wohnungen



aREAL® ist eine Software für Flächenmanagement, die Kommunen bei der Erfassung, Digitalisierung, Verwaltung und Aktivierung innerörtlicher Potenzialflächen und einem nachhaltigen Flächenmanagement unterstützen soll.

Mit Hilfe einer immobilienwirtschaftlichen Datenbank werden alle notwendigen Daten für eine zukünftige Entwicklung oder einen möglichen Ankauf festgehalten. Die Weboberfläche der Software ermöglicht eine kartenbasierte Darstellung der eingepflegten Areale. Außerdem umfasst sie Erfassungs- und Verwaltungsmasken, etwa zur Eingabe von Restriktionen oder der möglichen Nutzung. In die Kartendarstellung können eigene Geodaten mittels WebMapServices (WMS) eingebunden werden.

Nach erfolgreicher Eigentümeransprache können die Potenzialflächen in einer eigenen Register-Karte im KIP (Kommunale Immobilienplattform) reichweitenstark präsentiert werden. Gleichzeitig können statistische Auswertungen über die innerörtlichen Potenzialflächen erstellt werden, was insbesondere im Zuge der Ausweisung von neuen Baugebieten auf Basis des BauGB § 1a, Absatz 2 als Abwägungstatbestand in der Bauleitplanung gefordert ist.

und Gewerbe nach dem Bestand gemäß anonymisierter Daten zum Wasserverbrauch.

Leerstandsrisiko: Überprüft wurden Anschriften, in denen eine einzelne ältere Person (> 75 Jahren) gemeldet ist. Ebenso wurden Gebiete, die in der Vor-Ort-Begehung als Frei- und Grünflächen mit ortsprägendem Charakter ermittelt wurden, sowie Hofreiten und Sondernutzungsflächen erfasst.

Die Daten wurden teilautomatisiert ausgewertet, die Ergebnisse vor Ort validiert. In einem weiteren Schritt werden die Leerstände in den Innenstädten von Bad Soden und Salmünster detailliert erfasst und in aREAL® dargestellt. Dies dient der Vorbe-

reitung einer späteren Vermarktung, wenn die Objekte in Zusammenarbeit mit den Eigentümern im Kommunalen Immobilienportal präsentiert werden können.

Im Ergebnis erbrachte die Erfassung im Jahr 2020 sage und schreibe 299 Baulücken (31 Hektar), 63 Nachverdichtungsareale (21 Hektar) und 693 Leerstandsrisiken. Auch Mindernutzungsflächen mit einer Gesamtfläche von 4,4 Hektar wurden ausgewiesen, Leerstände und strukturelle Defizite in den Zentren aufgenommen und digital eingepflegt.

Nach einer repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2019 sind dies sogar noch unterdurchschnittliche Innenentwicklungspotenziale von etwa 5 Prozent (Der Schnitt bei den Befragten lag bei 5,4 Prozent).

Wie wird mit den Daten weiter umgegangen?

Neben der Onlinevermarktung über das Kommunale Immobilienportal, der aktiven Unterstützung von Eigentümern in Fragen des Baurechts oder von Fördermöglichkeiten, werden auch alte Bebauungspläne auf den Prüfstand gestellt und ein Fokus auf die Orts- und Stadtkerne gelegt.

Um die erhobenen Flächen einer Entwicklung zuzuführen, wurde in Bad Soden-Salmünster zunächst eine Unterscheidung in zwei grundlegende Vorgehensweisen getroffen. Baulücken und Leerstände stellen hierbei die „low hanging fruits“ der Innenentwicklung dar. Anders als bei den bebaubaren und zusammenhängenden Arealen, müssen hier die Eigentümer nicht individuell angesprochen werden, sondern können auf Grundlage eines einheitlichen Serienbriefes erreicht werden.

Wir richten hiermit den Appell zur nachhaltigen Stadtentwicklung also auch an die Bürgerinnen und Bürger, denn nur aus dem Rathaus heraus wird die Mammutaufgabe der großflächigen Innenentwicklung nicht gelingen.

Bei den zusammenhängenden Gebieten im Innenbereich, die als Potenzialflächen erfasst wurden, konnten inzwischen mehrere Bauleitverfahren initiiert werden, so dass weit über einhundert neue Wohneinheiten in den nächsten 2-3 Jahren in Bad Soden-Salmünster entstehen – und das gänzlich ohne Neubaugebiet im Außenbereich.



Dominik Brasch
ist seit 2018 Bürgermeister in Bad Soden-Salmünster. Im September 2019 wurde dort unser Netzwerk offiziell gegründet.

Foto: privat

ANZEIGE

Herausforderungen und Chancen für Kommunen an der Schnittstelle von Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Digitalisierung

Klimaschutz – Es geht um mehr als CO₂: Der Begriff „Treibhausgase“ wird häufig mit CO₂ gleichgesetzt. Damit werden wichtige Chancen vergeben. Der Bekämpfung von kurzlebigen Klimaschadstoffen, die zugleich auch die Luftqualität verbessert, muss dringend mehr Beachtung geschenkt werden.

Nachhaltigkeit ist Verantwortung für künftige Generationen: Insbesondere der Ressource „saubere Luft“ kommt große Bedeutung zu, weil sie nicht nur jetzt schon die Gesundheit insbesondere von Risikogruppen, zu denen auch Kinder gehören, beeinträchtigt, sondern langfristig auch Auswirkungen auf (land-)wirtschaftliche Erträge und somit auf die Versorgungslage hat.

Digitalisierung – Schlüssel und der Motor für eine lebenswerte Zukunft: Digitalisierung bietet eine besondere Chance, den Herausforderungen von Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu begegnen. Konsequenter umgesetzt, ist sie der Schlüssel und Motor für eine lebenswerte Zukunft: Umweltschutz und Klimaschutz auf kommunaler Ebene sind mit ihrer zentralen Bedeutung ein zukunftsorientierter Anwendungsfall für kommunale Digitalisierungsvorhaben – von LoRaWAN bis zum digitalen Zwilling.

Die Lösung: Räumlich und zeitlich hochauflösende Echtzeitdaten zur Luftqualität für jeden Standort jederzeit in digitaler Form verfügbar. Durch die Korrelation mit z.B. Verkehr, Wetter, Bebauung bietet Hawa Dawa handlungsrelevante Entscheidungsgrundlagen für Kommunen und einen wichtigen Beitrag zur Bürgerinformation.



Mehr auf www.hawadawa.com/de/kommunen

Das sagen unsere Kunden:



Maximilian Böttl
1. Bürgermeister, Gemeinde Kirchheim bei München

„Mit unserem Smart City Projekt wollen wir zeigen, dass Digitalisierung nicht nur in Großstädten von Vorteil ist, sondern auch in kleineren Orten große Vorteile für die Bürger bringen kann. Der Aufbau eines Messnetzwerks zur Analyse der Luftqualität ist dabei eine von vier wichtigen Maßnahmen, die uns helfen werden, durch den Einsatz moderner Technologien die Gemeinde besser zu verstehen und am Ende Probleme zu lösen.“

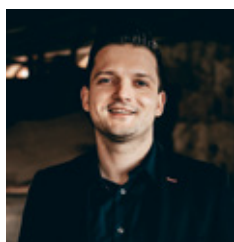
ZUKUNFTS- CHANCE FÜR GEMEINDEN

Während wir uns in den vergangenen Monaten nahezu ausschließlich mit der Bekämpfung der Corona-Pandemie beschäftigt haben, hat sich die Welt um uns herum in einem atemberaubenden Tempo verändert. Aus der „schleichenden Digitalisierung“ ist während der Pandemie eine „Turbo-Digitalisierung“ geworden. Es ist kaum vorstellbar, der Virus hätte vor fünf bis sechs Jahren zugeschlagen, denn damals gab es bei uns nicht einmal flächendeckendes DSL.

Die „Grundvoraussetzungen“ für eine digitale Gesellschaft wurden also gerade noch so rechtzeitig aufgebaut. Die Pandemie ist für die Digitalisierung ein Brandbeschleuniger. Was vor einigen Jahren für uns noch ein großer Standortnachteil war, entwickelt sich nun zu einer großen Zukunftschance für unsere Gemeinde.

Denn die geänderte Lebens- und Arbeitsrealität hat zu einer Trendwende geführt: Junge Familien ziehen von der Stadt wieder aufs Land. Waren wir bisher in Wadgassen eine reine Wohngemeinde, ändert sich unsere Rolle; denn die Arbeitsplätze können nun zu uns kommen. Das ist eine historische Chance für uns. Denn wir können die digitale Transformation sowie die geänderte Lebens- und Arbeitsrealität – vor allem für junge Familien – als Chance nutzen. Wir wollen von der reinen Wohngemeinde Wadgassen zur Zukunftsgemeinde Smartgassen werden.

Während der Pandemie hat sich das improvisierte Homeoffice etabliert, welches nicht zur Dauerlösung werden darf. Daher brau-



Sebastian Greiber
ist Jahrgang 1980. Am 8. Dezember 2013 wurde er mit rund 63 Prozent der Stimmen als freier Kandidat zum Bürgermeister der Gemeinde Wadgassen gewählt.

chen wir in unserer Gemeinde sogenannte „Co-Working-Spaces“, in denen Firmen flexible Büroräume für ihre qualifizierten Mitarbeiter*innen in Wohnortnähe buchen können. Davon profitieren wiederum beide: geringere Kosten für das Unternehmen, kürzere Wege für die Mitarbeiter*innen.

Co-Working-Spaces: Moderne Büroinfrastruktur

Dieses Modell eröffnet ganz neue Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aus diesem Grund haben wir die Vision der „Co-Living-Spaces“ entwickelt, die relativ einfach erklärt ist: Unsere Bildungsstandorte aus KITAs und Schulen sollen zu Co-Living-Spaces entwickeln werden, indem wir moderne Büroinfrastrukturen – Co-Working-Spaces – in unmittelbarer Nähe anbieten. Dadurch können Eltern und Kinder gemeinsam „zur Arbeit“ fahren und während die Kinder in der KITA oder Schule sind, können die Eltern nebenan im Co-Working-Space für ihre unterschiedlichen Arbeitgeber*innen arbeiten. Das Mittagessen kann die Familie gemeinsam in der Mensa vor Ort einnehmen.

In Wadgassen sollen sich die Menschen wohlfühlen. Wir wollen, dass Behördengänge so einfach werden wie das Shoppen bei Amazon. Dazu brauchen wir smarte Arbeitsbedingungen, um für unsere Bürgerinnen und Bürger unkomplizierte Dienstleistungen anbieten zu können.

Smartgassen

Lust auf Zukunft

Dafür ist es entscheidend, die alten Prozesse in unserer Verwaltung auf den Kopf zu stellen. Denn Digitalisierung bedeutet nicht, alte Strukturen auf eine Online-Plattform zu übertragen. Bei der Digitalisierung geht es um einen ganzheitlichen Veränderungsprozess, der das bisherige Arbeiten in der Verwaltung umkrempelt und ein transparenteres, ämterübergreifendes Miteinander der Kolleg*innen fördert.

Prozesse hinterfragen und anpassen

Zu diesem Zweck haben wir Anfang des Jahres den Veränderungsprozess gestartet und mit allen Mitarbeitenden Workshops durchgeführt. Bei diesen Workshops ging es darum, sich über die amtsinternen Stärken und Schwächen bewusst zu werden, Gutes hervorzuheben, Potenziale zu erkennen und alle Prozesse zu hinterfragen.

Dabei setzen wir auch auf unsere „Smarties“. Sie setzen sich aus digital nativen Mitarbeiter*innen aller Bereiche zusammen und treffen sich wöchentlich, um sich zu Themen der Digitalisierung sowie zum Veränderungsprozess auszutauschen. Zusätzlich treiben Sie zum Beispiel die Integration von Collobarations-Tools, wie MS-Teams, voran.

Große Städte wie Berlin, Hamburg oder München haben längst kein Patent mehr auf das Thema Digitalisierung und den Begriff Smart Cities. Ländliche Kommunen wie Wadgassen können ihre Chance als Smart Country oder Smart Region nutzen; denn Zukunft ist Veränderung – und ich habe Lust auf Zukunft!

Weitere Informationen unter:
www.smartgassen.de

#AalenHeidenheimGemeinsamDigital

SMART CITIES MADE IN GERMANY

Interkommunales Modellprojekt von Heidenheim und Aalen.

Autorin: Birgit Baumann, Leiterin Stab des Oberbürgermeisters der Stadt Heidenheim

Die Bundesregierung fördert die digitale Transformation der Kommunen durch Smart-City-Modellprojekte. Dabei erhalten integrierte Smart-City-Strategien und deren Umsetzung 65 Prozent Förderung. Digitale Technologien sind so einzusetzen, dass sie nicht nur Einzelinteressen, sondern der Stadtgesellschaft als Gemeinschaft dauerhaft nutzen. Unter bundesweit 32 Modellprojekten ist die gemeinschaftliche Bewerbung von Aalen und Heidenheim eine von bundesweit nur 12 erfolgreichen interkommunalen Projekten von 2021 bis 2027, das mit 17,5 Millionen gefördert wird.

Heidenheims neuer Oberbürgermeister Michael Salomo und Aalens Oberbürgermeister Thilo Rentschler sind stolz auf diesen Erfolg: „Wir stellen jetzt die Weichen für eine digitale Transformation, die das Leben und Arbeiten in unseren Städten zukunftsfähig machen! Ostwürttemberg rückt in den Fokus von Bund und Land. Wir lernen voneinander und liefern Blaupausen für weitere Städte in der Region!“

Informationen unter: www.aahdhgemeinsamdigital.de

Beide Städte haben sich zunächst fünf Maßnahmen vorgenommen:

- 1. Digitales Stadtentwicklungskonzept:** Ziel ist die Verabschiedung einer „Smart-City-Strategie“, an der auch die Bürgerschaft beteiligt wird.
- 2. Konvergenter Netzplan (KNP):** Der KNP ist die Grundlage für smarte Anwendungen. Er berücksichtigt die synergetische Planung von Glasfaser und Mobilfunk sowie Infrastrukturpunkte für Smart-City-Anwendungen.
- 3. Smartes Cockpit:** Interessierte können live relevante Echtzeitdaten aus dem öffentlichen Raum ablesen: etwa zur Lärmbelastung, zur Auslastung von Parkhäusern und -plätzen, zu verfügbaren E-Ladestationen, zur Funktionsfähigkeit von Laternenmasten etc. Die Daten dienen zusätzlich als Grundlage für städtische Entwicklungspläne, zum Personaleinsatz oder als Managementplattform der Verwaltung.
- 4. Smartes Parken:** Um den öffentlichen Parksuchverkehr zu reduzieren und verfügbare Parkflächen besser auszulasten, bieten sich Sensoren mit Magnetfeldern an, die sicher auf öffentlichen Parkplätzen montiert werden können.
- 5. Smarte urbane Logistik:** Im Fokus steht die Entwicklung eines Citylogistikkonzepts mit dem Ziel, innerstädtischen Logistikverkehr zu minimieren und optimieren und die Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone zu erhöhen.

ANZEIGE

INFRASTRUKTUR NEU DENKEN



VINCI als Systemintegrator ist Ihr Technologie-, Bau- und Infrastrukturpartner, um den Wandel öffentlicher Räume smart und klimafreundlich zu gestalten



Die vernetzte Baustelle, digitale Planungen und nachhaltige Infrastrukturlösungen sind keine Zukunftsmusik – sie sind Grundlage für über 290.000 Projekte weltweit, die wir zur Verbesserung der Lebensqualität in über 120 Ländern planen, finanzieren, bauen und bewirtschaften.

Als Gestalter der Energie- und Mobilitätswende sind für uns induktive E-Ladesysteme in der Straße ebenso selbstverständlich, wie Künstliche Intelligenz im Erhaltungsmanagement, Smart City-Anwendungen oder Lösungen für eine ressourcenschonende Gebäudesteuerung. Unsere Motivation ist, das Gemeinwesen zu stärken, die Umwelt zu schonen und Vorreiter beim Klimaschutz am Bau zu sein.

www.vinci-deutschland.com



WARUM WIR DIE WELT UND UNSERE KOMMUNEN NUR DIGITAL RETTEN – ODER GAR NICHT

Chancen und Herausforderungen der digitalen Revolution für Städte und Gemeinden.

Vortragsreihe des Netzwerk Junge Bürgermeister*innen in Kooperation mit Jörg Heynkes, Unternehmer, Speaker und Autor.



Wir befinden uns mitten in der vierten Industriellen Revolution. Die großen Umbrüche unserer Zeit, Digitalisierung und Klimawandel, machen vielen Menschen Angst. Unsere Welt ändert sich rasant und insgeheim wissen auch die größten Skeptiker: ein „Weiter so“ ist keine Option. Es ist auch Aufgabe der Kommunen, ein positives Bild der Zukunft zu entwerfen, in der keiner Angst haben muss, auf dem Weg in diese Zukunft zurückgelassen zu werden.

Mit seinem Vortrag beschreibt Jörg Heynkes eindrücklich die Chancen und Herausforderungen, vor denen unsere Welt, aber auch unsere Kommunen heute stehen. Welche Veränderungen sind unausweichlich, welche haben längst begonnen? Wie gelingt es, uns unsere Kommunen als lebenswerte Orte zu erhalten? Wie wird die Versorgung mit Energie, die Mobilität, eine nachhaltige Stadt- und Quartiersentwicklung, CO₂ Reduzierung, Gesundheitspolitik und vieles mehr in unseren Städten und Gemeinden in naher Zukunft tatsächlich aussehen?

Jörg Heynkes ist seit 36 Jahren als Unternehmer tätig. Er übt heute bereits seinen elften Beruf aus und verantwortet aktuell drei ver-

schiedene Unternehmen. Er agiert mit einem Unternehmen in der Immobilienwirtschaft und als Berater und Entwickler von Innovations-, Mobilitäts- und Energiekonzepten.

Im Jahr 2016 gründete er mit der Firma „Entrance-Robotics“ ein Start-up im Bereich der künstlichen Intelligenz und Robotik. Er ist als Investor an weiteren Start-ups beteiligt und begleitet diese mit seiner Erfahrung und seinem Netzwerk. Er ist im Vorstand des Landesverbandes der Erneuerbaren Energien in NRW und Vizepräsident der Bergischen Industrie- und Handelskammer.

Über seine Erfahrungen spricht und schreibt er regelmäßig in unterschiedlichsten Medien. Im Jahr 2018 erschien sein Buch „Zukunft 4.1 / Warum wir die Welt nur digital retten – oder gar nicht“. Im Mai 2021 war er als Impulsgeber beim Hybriden Arbeitstreffen des Netzwerk Junge Bürgermeister*innen in Wertheim dabei. Dort entstand auch die Idee, mit ihm eine „Roadshow“ durch Kommunen junger Bürgermeister*innen zu konzipieren und interessierten Kommunen anzubieten, um auch die wichtigen Akteure bei euch vor Ort mit auf den Weg zu nehmen, um die Aufgaben zu meistern, die vor uns liegen.

Der Vortrag soll Ausgangspunkt sein, von dem aus die kommunalen Akteure aus Politik, aus Kommunalverwaltung, aus der lokalen Wirtschaft und der Bürgergesellschaft ihre Stadt in weiteren lokalen Veranstaltungen gemeinsam neu denken.



Zielgruppen in Euren Kommunen:

- Kommunalpolitik
- Verwaltung
- Lokale Wirtschaft
- Bürgergesellschaft

Vortrag ca. 90 Minuten
mit anschließender Diskussion.

Termine
nach individueller
Vereinbarung

Kosten:

	je Kommune	je Wirtschafts- unternehmen
bei einem Veranstalter	4.500 Euro	5.000 Euro
bei zwei Veranstaltern	2.500 Euro	2.750 Euro
bei drei Veranstaltern	1.800 Euro	2.000 Euro

Alle Preise verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer sowie Nebenkosten, etwa Fahrt- und Übernachtungskosten.

KONTAKT:

Netzwerk Junge Bürgermeister*innen · Henning Witzel, Leiter Hauptstadtbüro
Tel.: 030 7407 316-36 · Mobil: 0151 1802 4455
netzwerk@junge-buergermeisterInnen.de
c/o ASK GmbH, Bülowstr 66, Hof D / Eingang D1, D-10783 Berlin



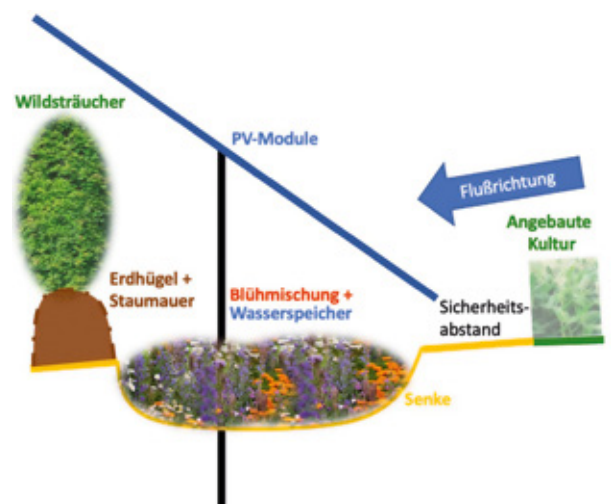
Flutpräventions- Photovoltaik

Klimaanpassung mit Solarkraftwerken

Kommunale Flutprävention wird in Zukunft in Kooperation mit Solarinvestoren erfolgen. Beide Seiten profitieren von der ebenso simplen wie revolutionär effektiven Kooperation. Agrar-Hangflächen werden dabei entlang der Höhenlinien um einzelne Wasser-Rückhalte-Reihen mit Solaraufständerungen gesichert, die bis zu 2 Millionen Liter Regen pro Hektar zurückhalten können. Der Flächenbesitzer erhält eine Pacht vom Kraftwerksbetreiber und 90 Prozent des Feldes bleiben normal bearbeitbar. Gleichzeitig werden der Windschutz und die Wasserversorgung der Ackerflächen verbessert.

Im Zusammenspiel von Solarkraftwerken mit Wasserrückhalt bringen die Rammfundamente des Solarkraftwerks die nötige Stabilität in den Hang und es fließen weniger Wasser und Schlamm ins Tal und in anliegende Orte.

Durch dieses System wirkt ein 300 Liter/m² Regen nur noch wie ein 100 Liter/m² Regen, wobei der Schlamm fast vollständig zurückgehalten wird und als Ackerboden erhalten bleibt.



Weitere Informationen:

www.irrigationnets.com/flutpraevention/

(DIGITALES) RECRUITING IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Oder warum wir unsere Mitarbeitergewinnung weiter verändern müssen.

Die Signale des sich abzeichnenden Personal Mangels und in der Folge leerer Amtsstuben sind schon ein paar Jahre alt, doch getan hat sich in den öffentlichen Verwaltungen bis heute vergleichsweise wenig. Abwarten und aussitzen war und ist häufig die Devise. Längst ist der Fachkräftemangel in den Kommunen angekommen und er wird sich nicht in Luft auflösen. Nicht zuletzt die Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigen die Dringlichkeit, sich von alten Strukturen und Prozessen zu lösen und die Personalgewinnung noch stärker hin zu einem digitalen Recruiting zu verändern.

So scheiden in nicht einmal 10 Jahren bis 2030 1,2 Millionen Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst altershalber aus, wie der Deutsche Beamtenbund bereits 2019 ermittelt hatte. Bis 2040 reden wir über besorgniserregende 2,6 Millionen Beschäftigte. Obwohl die Bundesregierung in einer früheren Demografie-Studie bereits davon sprach, den öffentlichen Dienst attraktiver machen zu wollen, fällt es vielerorts öffentlichen Arbeitgebern schwer, geeignetes Personal zu finden. Das Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung hat in der vom BMWI unterstützten KOFA-Studie 2018 den Verwaltungsberuf bereits als Engpassberuf ausgewiesen. Die Zeit ist seither fortgeschritten und drängt, es ist längst zwei Minuten nach zwölf. Teils dramatische Rückmeldungen aus Kommunen in ganz Deutschland machen öffentlich die Runde. So berichtete

der RBB erst vor wenigen Tagen, dass beispielsweise 1.400 unbearbeitete Bauanträge beim Landkreis Barnim wegen fehlenden Personals sich angehäuften haben, während in der Berliner Verwaltung schon 2018 mehr als 4.700 Stellen unbesetzt waren. Auch die Wirtschaftsberatung PWC geht in ihrem White-Paper davon aus, dass sich aufgrund des demografischen Wandels der Fachkräftemangel bis 2030 weiter verschärfen wird.

Das Nachwuchsbarometer „Öffentlicher Dienst“, eine bundesweit durchgeführte Befragung von 3.900 Studierenden aller Fachrichtungen aus 2019, zeigt, dass eben jener durchaus gefragt ist – bis zum heutigen Tage. Immerhin 44 Prozent finden die Chance einer Verbeamtung attraktiv. Inhaltlich deckt sich, dass generationenspezifische Präferenzen sich in zehn Jahren merklich verschoben haben. Die seit 2002 jährlich erscheinenden Recruiting-Trends der Universität Bamberg führen lesenswerte Trends und Indikatoren auf. So zeigt sich, dass aus Sicht von zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Möglichkeit zur Nutzung von Home-Office, eine ausgewogene Work-Life-Balance, die Sicherheit des Arbeitsplatzes oder eine familienfreundliche Personalpolitik als Attraktivitätskriterium an Bedeutung gewonnen haben. Unzählige weitere Studien kommen seit über fünf Jahren zum mehr oder weniger immer gleichen Ergebnis, dass die Besetzung von Ausbildungsstellen immer schwieriger bis unmöglich wird. Diese Punkte gilt es in der HR-Strategie zu verankern und frühzeitig im Auswahlprozess zu kommunizieren.

„Die Generation Z kann sich den Arbeitgeber der Zukunft selbst aussuchen. Und das machen sie mit wenigen Klicks digital.“

Die Krux ist, dass viele öffentliche Verwaltungen zurückliegend nicht gehandelt haben oder jetzt handeln müssen. Die Mähr des Erfolgs der klassischen Stellenanzeige in der regionalen Tageszeitung ist nicht erst heute überholt. Schon 2015 hatte das Statistische Bundesamt in seiner jährlichen Erhebung auf die Chancen der effektiven Nutzung zeitgemäßer Informations- und Kommunikationstechnologien als strategischen Erfolgsfaktor hingewiesen. Während sich die freie Wirtschaft längst mit künstlicher Intelligenz im Auswahlprozess beschäftigt oder sie nutzt, hat beispielsweise der Staatsanzeiger 2018 noch empfohlen „bei einer schriftlichen Bewerbung auf eine farbige Mappe zu setzen“.

Eines muss sich der kommunale Sektor noch sehr viel stärker verdeutlichen: Die Generation Z ist – trotz Corona – aufgrund der beschriebenen Zahlen weitgehend ohne Jobsorgen. Sie kann sich den Arbeitgeber der Zukunft selbst aussuchen. Und das macht sie mit wenigen Klicks digital. So empfiehlt beispielsweise der Bundesverband der Personalmanager im Recruiting Beschäftigte auf die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt noch stärker vorzubereiten. Deutlich wird, dass in Kommunen oft die entsprechenden Skills, richtigen Instrumente und eine klare Strategie fehlen.

Was heißt dies in der Praxis?

Längst haben sich digitale Recruiting-Tools bewährt, auch in kleineren Verwaltungseinheiten. Diese müssen, je nach Ausgestaltung, weder teuer noch schwierig zu bedienen sein. Moderne Software-Lösungen erlauben browser- oder cloudbasierte Online-Bewerbungen auf der dazugehörigen oder 1:1 nachgebildeten Karriere-Seite mit wenigen Klicks. Die Zeit langatmiger Anschrei-



Screenshot des Handbuchs von „Check-In“ - e-Recruiting



Recruiting-Video für das Elzthalhotel im Schwarzwald auf dem Instagram-Account des Influencers Cossu.

ben mit acht Dateianhängen ist genauso vor- bei wie die klassische Bewerbungsmappe. Filterfunktionen sortieren Bewerber*innen vor und priorisieren, vor dem persönlichen Gespräch wird automatisiert eine freundliche Textnachricht als Erinnerung aufs Smartphone versendet. Vorstellungs- oder Sondierungsgespräche können und sollten bei räumlichen Distanzen im Jahr 2021 Online geführt werden, das muss auch für einen Personalrat plausibel sein. Eine IT-Lösung, die sich in Kommunen und Landkreisen in der Praxis bewährt hat, ist beispielsweise „Check-In“ der Bamberger Firma Perbility.

Überlegen muss jede Kommune nach fundierter Analyse für sich, welche digitalen Kanäle sie grundsätzlich für die Personalgewinnung nutzen will. So hat sich zum Beispiel mancherorts ein WhatsApp-Karrieretag oder ein Instagram Business-Profil etabliert, während gerade in größeren Städten eine LinkedIn- oder Facebook-Seite für offene Stellen und Arbeitgeberkommunikation sinnvoll sein kann. Das Ergebnis darf und muss individuell unterschiedlich ausfallen. Warum für Snapchat und Co. Ressourcen verwenden, wenn einem dies nichts bringt? Für die Analyse empfiehlt sich aus dem Grunde besonders die „junge“ Generation aktiv einzubinden, denn diese ist nah an der Zielgruppe dran. So hat sich zum Beispiel ein kurzes authentisches Video des künftigen Arbeitskollegen in der Privatwirtschaft längst als „Standard“ und verwertbarer Content im Recruiting etabliert. Wenn es um Reichweite im Allgemeinen oder ziel-

gruppenspezifische Reichweite geht, ist die Einbindung von Influencern mitunter interessant. So feiert beispielsweise ein Traditionshotel im Schwarzwald aktuell eine überaus erfolgreiche Kampagne mit einem regionalen Influencer und Comedian.

Trotz aller notwendigen Ernsthaftigkeit mancher Berufsbilder ist es nicht verkehrt, gegebenenfalls professionell begleitet, unkonventionelle Wege zu gehen. Dass dies gelingen kann, machen zum Beispiel die Berliner Verkehrsbetriebe seit einigen Jahren vor. Eines ist sicher: Zeit die Besetzungsprobleme auszusitzen haben wir nicht.



Foto: privat

Martin Abmuth

ist seit 2018 Bürgermeister der Gemeinde Hofstetten (Ortenaukreis). Er ist Gewinner des Human Resources Excellence Award, für den er auch 5x nominiert gewesen ist. Vor seiner Zeit als Bürgermeister hat er 18 Jahre in leitenden Funktionen im HR-Management gearbeitet.

ANZEIGE

Zeit für Legalisierung!

Genug gezögert.



Deutscher
Hanfverband

Klimaneutraler Gebäudesektor

MIT GAS GEHT'S

Der Gebäudebereich ist für rund 16 Prozent der CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich. Diesen Sektor klimaneutral umzugestalten, stellt eine besondere Herausforderung dar. Die Last liegt dabei vor allem bei Hauseigentümern, der Wohnungswirtschaft und den Kommunen. Insbesondere die Diskussion um einen steigenden CO₂-Preis stellt zunehmend die Frage in den Mittelpunkt, wie sich eine Wärmewende nachhaltig, zügig, vor allem aber bezahlbar realisieren lässt.

Eine der wenigen Untersuchungen, die sich mit der klimaneutralen Wärmewende unter dem Aspekt der Bezahlbarkeit auseinandersetzen, ist die Studie „Klimaneutral Wohnen“. Anhand von 1.760 individuellen Sanierungsfahrplänen hat die Nymoen Strategieberatung im Auftrag der Brancheninitiative Zukunft Gas berechnet, wie bis 2050 ein CO₂-freier Wohngebäudebestand erreicht werden kann.



Gas und Strom als tragende Säulen des Wärmemarkts der Zukunft

Etwa die Hälfte der Wohnungen in Deutschland wurde im Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg und damit deutlich vor der Einführung von Energieeffizienzvorgaben errichtet. In diesem Bestand sind Sanierungsmaßnahmen und energetische Optimierungen oft sehr teuer. Auch führen Einzelmaßnahmen häufig nur zu einer niedrigen Senkung der CO₂-Emissionen. Um Hauseigentümer finanziell nicht zu überfordern, sind also bezahlbare und dann auch kurzfristig umsetzbare Lösungen nötig. Die Wärmepumpe kann ihre Vorzüge nur in sehr gut gedämmten Gebäuden ausspielen und ist daher meist nur im Neubau als Heizoption sinnvoll. Die zweite Säule der Wärmeversorgung werden aber auch im Jahr 2050 gasförmige Energieträger bilden. Sie sind heute im Bestand und damit im überwiegenden Teil der Wohngebäude die beliebteste Wärmequelle. Aktuell versorgt Gas mehr als 21 Millionen deutsche Haushalte mit preiswerter und klimaschonender Wärme.

Dekarbonisierung im Wohngebäudesektor – Mit Gas geht's!

Die Gasbranche hat sich bereits auf einen Transformationspfad begeben, damit der heutige Energieträger dekarbonisiert werden kann. Dabei bedarf es keiner Denkerbote, sondern einer technologieoffenen Debatte. Eine Schlüsselfunktion wird dem Gas Wasserstoff zukommen. Allein Wasserstoff aus erneuerbaren Energien wird es mittelfristig aber nicht richten. Dagegen kann dekarbonisierter Wasserstoff aus Erdgas zu schnellen und bezahlbaren CO₂-Einsparungen im Gebäudesektor führen. Das bei der Wasserstoffproduktion anfallende Kohlenstoffdioxid kann beispielsweise abgespalten und unterirdisch gespeichert werden (Carbon Capture and Storage – CCS) oder es

fällt etwa bei der Methanpyrolyse als fester Kohlenstoff aus. Dieses sogenannte Black Carbon kann in diversen Industrieprozessen weiterverwendet werden. Das Verfahren ist sehr effizient, so dass aus der eingesetzten Energie ein Vielfaches an in Wasserstoff gespeicherter Energie gewonnen werden kann. Mit zukunftsfähigen Technologien kann Deutschland Wasserstoff so zur Volksenergie machen – CO₂-neutral, wettbewerbsfähig und bezahlbar.

Breite Förderung und Ausbildung von Fachkräften

Um die Klimaneutralität im Gebäudebereich zu erreichen, müssen also alle erneuerbaren und dekarbonisierten Energieträger und die dazugehörigen Anwendungstechnologien als Klimaschutzlösung anerkannt und gefördert werden. Gleichzeitig gilt, in einer gemeinsamen Initiative von Handwerk und Politik die Ausbildung von Nachwuchskräften zu verstärken. Denn zum größten Engpass der Wärmewende droht schon jetzt der Fachkräftemangel zu werden.



Foto: Zukunft Gas

Dr. Timm Kehler
Zukunft Gas

GÜNSTIGE ENERGIE FÜR DAS GANZE LAND?

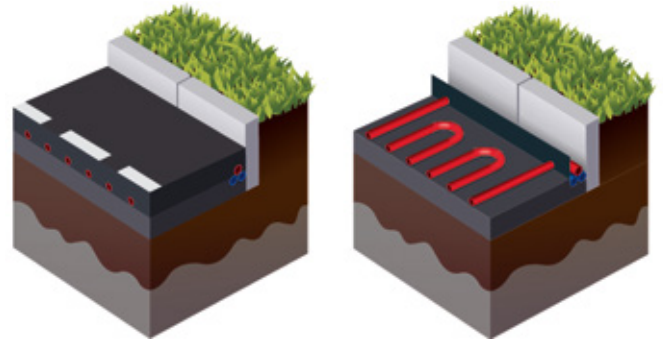
MIT
GAS
GEHT'S.

Denn jede zweite Wohnung in Deutschland wird kostengünstig mit Gas geheizt, dem Energieträger, der nicht nur den Geldbeutel, sondern auch das Klima schont. Und wo heute noch Erdgas wärmt, wird morgen Wasserstoff zum Einsatz kommen. Wie die Gaswirtschaft sonst noch dafür sorgt, dass wir unseren CO₂-Fußabdruck reduzieren und die Klimaziele zuverlässig und bezahlbar erreichen können? www.mitgasgehts.de

ZUKUNFT
GAS

MEHRWEG IST DIE LÖSUNG!

Die Straße mit Zusatznutzen: Bereits jetzt gibt es viele Möglichkeiten, unsere vorhandene Infrastruktur mehrfach zu nutzen und dabei die Sicherheit zu erhöhen.



Wie viele Ausschreibungen im kommunalen Verkehrsinfrastrukturbereich gibt es in Ihrer Kommune oder Gemeinde, die „nur“ darauf abzielen, witterungsbedingte Straßenschäden zu sanieren? Die Forschung geht davon aus, dass extreme Wetterbedingungen und Temperaturschwankungen durch den Klimawandel anhalten, wenn nicht gar verstärkt werden. Bereits jetzt sind insbesondere asphaltierte Flächen besonders anfällig für hohe bzw. niedrige Temperaturen hinsichtlich der Bildung von Rissen in der Oberfläche. In den Wintermonaten schränken Eis- und Schneeglätte die Verkehrssicherheit stark ein, im Sommer können Spurrinnen entstehen, außerdem bilden sich insbesondere in Städten Wärmeinseln.

tungssystem, gelingt es, solar und geothermische Energie zu nutzen. Die im Sommer durch Sonneneinstrahlung gewonnene Wärme wird in einer geothermischen Anlage gespeichert. Im Winter wird die gewonnene Energie zurückgegeben, um zum Beispiel Eisbildung zu vermeiden. Durch diese Technologie kann so auf den Einsatz von Tausalzen, die einen negativen Effekt auf die Umwelt haben, verzichtet werden. Im Sommer sorgen die in die Straße integrierten Rohre für eine Abkühlung des Straßenbelags, der so nachhaltig geschont wird.

Durch ein in die Straße integriertes Rohrleitungssystem gelingt es, Energie zu nutzen.

Deckschicht verbaut. Mit dieser Technologie lassen sich bereits heute vorhandene Infrastrukturen mit einem Zusatznutzen versehen. Sei es das Halten der Temperatur im Straßenbelag, sodass die Rissbildung verringert wird, oder auch die Versorgung umliegender Gebäude mit Energie, die durch das Rohrleitungssystem in der Straße erzeugt und an die Umgebung abgegeben werden kann.

In Frankreich werden so bereits Parkplätze im Winter ohne den Einsatz von Tausalzen eisfrei gehalten. Auch gibt es erste Erfahrungen mit dem Beheizen von Wohnungen durch Power Road.

Mehr Informationen gibt es auf der Website: www.power-road.com/de/



Seit Juni 2021 untersucht die BAST (Bundesanstalt für Straßenwesen) in einem 3-jährigen Forschungsprojekt Möglichkeiten, ein konstantes Temperaturniveau der Straße zu erreichen, also eine temperierte Straße. Der Straßenbau- und Infrastrukturkonzern Eurovia ist Teil der Mobilitätslösung und Teil des Forschungskonsortiums. Wichtig ist, dass nur nachhaltige und klimaschonende Energie genutzt wird, um beispielsweise Straßen im Winter eis- und schneefrei zu halten. Durch Eurovias Power Road, also ein in die Straße integriertes Rohrlei-

Power Road – Volle Kraft fürs Klima

Eurovia hat ein zuverlässiges Verfahren entwickelt, das darin besteht, ein Rohrregister in der Binderschicht zu verlegen. Im Vorfeld werden kleine Rinnen in die Binderschicht gefräst, um die Rohre darin einzulassen. Sind alle Rohre verlegt, wird ein spezieller Asphalt zum optimalen Verfüllen genutzt, der den Aufbau der Straße langlebig macht. Letztlich wird, wie bei jeder herkömmlichen Straßenbaumaßnahme, eine



Fotoprivat

Emilie Lebel

Eurovia Services, Produktentwicklerin für Power Road,
Kontakt: emilie.lebel@eurovia.de



HINWEISGEBERSCHUTZ: SICHER UMSETZEN, RISIKEN VERMEIDEN

Ende 2019 hat die Europäische Union die „EU-Whistleblower-Richtlinie“ (2019/1937) beschlossen. Der deutsche Gesetzgeber ist verpflichtet, sie auf nationaler Ebene umzusetzen. Was besagt die Richtlinie? Wen betrifft sie? Und was sollten Kommunen und ihre Unternehmen dabei beachten?

Die EU-Whistleblower-Richtlinie („HinschRL“) soll Personen, die Verstöße gegen bestimmte Normen und Gesetze melden („Whistleblower“), besser schützen. In Deutschland sollte ursprünglich das Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG-E) die Richtlinie in nationales Recht umsetzen. Dabei ging der Anwendungsbereich über den der Richtlinie hinaus. Insbesondere wurden Hinweise zu sämtlichen straf- und bußgeldbewährten Verstößen in den Anwendungsbereich mit einbezogen. Die Koalition konnte sich jedoch nicht einigen, den als Referententwurf vorliegenden Gesetztext zu verabschieden. Ab dem 17.12.2021 wird daher die HinschRL unmittelbare Geltung erhalten. Es ist jedoch davon auszugehen, dass eine künftige Regierung ein erneutes Gesetzesvorhaben starten wird, welches die HinschRL in nationales Recht transformieren wird.

Künftig müssen alle Kommunen und ihre Unternehmen mit mehr als 50 Arbeitnehmer*innen eine interne Meldestelle einrichten, über die zumindest die Arbeitnehmer*innen Verstöße gegen bestimmte EU-Regulierungen melden können. Für Kommunen mit mehr als 50 und weniger als 250 Arbeitnehmer*innen wird die Regelung ab dem 17. Dezember 2023 gelten; bei mehr als 249 Beschäftigten gilt sie jedoch bereits ab dem 17. Dezember 2021. Nach der HinschRL sind auch alle juristischen Personen des öffentlichen Sektors, einschließlich Stellen, die im Eigentum oder unter Kontrolle einer solchen juristischen Person stehen, verpflichtet, einen entsprechenden Meldekanal einzurichten.

Die HinschRL sieht zwar vor, dass die Mitgliedstaaten Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern oder weniger als 50 Beschäftigten von dieser Verpflichtung ausnehmen können. Da dies durch den deutschen Gesetzgeber bisher aber nicht erfolgte, gelten de facto die Verpflichtungen aus der Richtlinie zum Schutz der Hinweisgeber auch ohne ein Umsetzungsgesetz unmittelbar für diese Kommunen und kommunalen Unternehmen. Grundsätzlich betrifft die

HinschRL damit neben privatwirtschaftlichen Unternehmen auch alle Ministerien auf Bundes- und Landesebene sowie Städte und Gemeinden – insgesamt etwa 5.500 Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie kommunale Unternehmen.

Alle betroffenen Unternehmen und Einrichtungen des öffentlichen Sektors müssen:

- bei Hinweisen auf Verstöße strenge Vertraulichkeit gewährleisten;
- Hinweise auf Stichhaltigkeit prüfen und angemessene Folgemaßnahmen ergreifen;
- Hinweisgeber*innen innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Hinweises eine abschließende und begründete Rückmeldung geben.

Repressalien gegen Hinweisgeber*innen sind verboten, auch dürfen Meldungen und die Kommunikation zwischen Meldestelle und Hinweisgeber*innen nicht behindert werden.

Welche Folgen Verstöße haben können

Für die Einrichtung einer internen Meldestelle gelten insbesondere Dokumentations-, Prüf- und Verschwiegenheitspflichten sowie die Verpflichtung zur Rückmeldung. Unternehmen und Einrichtungen des öffentlichen Sektors können die interne Meldestelle selbst einrichten. Wenn verpflichtete Unternehmen des privaten und Einrichtungen des öffentlichen Sektors dies unterlassen, sieht das HinSchG-E keine Sanktion vor. Soweit jedoch kein interner Meldekanal besteht,

können sich Hinweisgeber*innen aber an einen externen behördlichen Meldekanal wenden, was für betroffene Organisationen in der Regel ein erhöhtes Risiko bedeuten dürfte.

Ganzheitliche, digitale Lösung von PwC Deutschland

Einrichtung und Betrieb einer Meldestelle sind durch externe Dienstleister möglich. So bietet PwC Deutschland eine umfassende digitale integrierte Lösung. Sie bildet alle Stufen eines Hinweisgebersystems ab, zudem stehen Expert*innen, insbesondere Rechtsanwält*innen, jederzeit zur Verfügung. Ein wesentlicher Vorteil der Lösung ist, dass keine IT-Applikation notwendig ist.

Das PwC-Angebot zur internen Meldestelle beinhaltet konkret:

- das standardisierte Design und die Implementierung des internen Meldekanals, inkl. der Kommunikation mit Arbeitnehmervertreter*innen,
- den Betrieb des Meldekanals in deutscher Sprache mit Hinweismöglichkeiten per Post, E-Mail, Website und Telefon,
- die Prüfung der Hinweise im Zuge einer Stichhaltigkeitsprüfung sowie
- die digitalisierte, rechtssichere Dokumentation des Prozesses inkl. der Rückmeldungen an Hinweisgeber*innen und Unternehmen.

Besonders kleine und mittlere Kommunen sollten sich zu diesem Thema externe Unterstützung sichern.



Abb. Schema interne Meldestelle

DIE GESUNDHEIT STETS IM BLICK



Abwasseranalysen mittels Veolia Corona-Monitor, wie hier auf der Kläranlage in Döbeln-Masten (Sachsen), können Städte und Gemeinden dabei helfen, die Pandemie schnell in den Griff zu bekommen.



Carsten Berliner, Leiter Betrieb Abwasser in der MIDEWA-Niederlassung Mansfelder Land – Querfurter Platte überwacht die Daten der Kläranlage Rollsdorf (Sachsen-Anhalt) am Rechner. Veolia untersucht hier regelmäßig das Abwasser auf das Coronavirus.

Veolia bietet Kommunen und Unternehmen eine schlüsselfertige Lösung zum Monitoring von SARS-CoV-2 und seiner Mutanten im Abwasser – erprobt in zahlreichen Städten in Deutschland und mit einem klaren Dashboard für Entscheidungsträger.

Im Alltag verschwendet kaum jemand einen Gedanken daran. Doch das Abwasser, was in kommunalen Kläranlagen ankommt, ist weit mehr als Schmutzwasser. Es ist Rohstoffquelle, Energielieferant und sogar ein Indikator für den Gesundheitszustand der Menschen. „Indem wir die Abwässer genau untersuchen, können wir heute Krankheiten und Epidemien frühzeitig erkennen und so die Kommunen dabei unterstützen, schneller zu agieren und erforderliche Schutzmaßnahmen zu ergreifen“, sagt Dr. Matthias Staub, Leiter kommunale Entwicklung bei Veolia. Bestes Beispiel: das SARS-CoV-2-Virus. Veolia hat dazu geforscht und ein Corona-Frühwarnsystem entwickelt: den Veolia Corona-Monitor. Damit können das Coronavirus und dessen Varianten Alpha, Beta, Gamma und Delta durch Labor-Analysen im Abwasser frühzeitig nachgewiesen werden. Und das sehr schnell, noch bevor überhaupt ein Mensch merkt, dass er das Virus in sich trägt bzw. daran erkrankt ist. Denn beim Gang auf die Toilette hinterlässt jeder Spuren – auch Spuren des SARS-CoV-2-Virus.

die Viruslast im Abwasser ist, sowie ob und in welcher Menge eventuelle Mutanten auftreten“, erläutert Dr. Matthias Staub. Die Ergebnisse der Abwasseranalysen geben den Gemeinden, Gesundheitsbehörden und Unternehmen ein aktuelles Bild über das Infektionsgeschehen. Sie können damit frühzeitig Entscheidungen treffen.

Pandemien vorbeugen, Klimabilanz der Kläranlagen verbessern

„In einer Pandemie, wie wir sie heute erleben, ist es wichtig, dass Kommunen schnell Schutzmaßnahmen einleiten, um die Virusausbreitung eindämmen zu können. Die Abwasseranalysen können dabei eine große Hilfe sein und auch in Zukunft dazu beitragen, die Zirkulation anderer Krankheiten zu identifizieren und die Bevölkerung vor einem Ausbruch von Pandemien zu schützen“, sagt Andreas Gimpel, Geschäftsführer des Abwasserzweckverbandes „Eisleben – Süßer See“. Er nutzt bereits den Veolia Corona-Monitor auf der Verbandskläranlage in Rollsdorf. Die Methode kann künftig auch dabei helfen, Legionellen, Drogen oder Antibiotikaresistenzen im Abwasser aufzuspüren und dazu beitragen, die Klimabilanz der Kläranlagen zu verbessern. Denn bei der biologischen Abwasserreinigung entweicht Lachgas, ein Treibhausgas, dass mehr als dreihundertmal so klimaschädlich wie Kohlendioxid ist. „Durch gezielte PCR-Analysen des Abwassers, ähnlich wie wir sie heute mit dem Veolia Corona-Monitor durchführen, können die Prozesse, die die Entstehung von Lachgas in den Kläranlagen beflügeln, genau untersucht und Kläranlagen so eingestellt werden, dass Treibhausgas-Emissionen weitestgehend minimiert werden“, sagt Dr. Matthias Staub.

Mit Abwasser-Analysen vorausschauend Schutzmaßnahmen treffen

Bereits zehn kommunale Kläranlagenbetreiber in Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie ein Großunternehmen setzen den Veolia Corona-Monitor ein und folgen damit schon heute dem Rat der Europäischen Kommission und der Weltgesundheitsorganisation, die das Abwasser-Monitoring grundsätzlich empfehlen. Analysiert wird hier das Abwasser regelmäßig mindestens einmal pro Woche am Zulauf der Kläranlage oder auch an bestimmten Punkten der Kanalisation. „Schon kurz nach der Probenahme erhalten wir von unserem Labor in einem Dashboard detaillierte Informationen darüber, wie hoch

Weitere Informationen:
www.veolia.de/corona-monitor



Dr. Matthias Staub
Leiter kommunale Entwicklung
Veolia

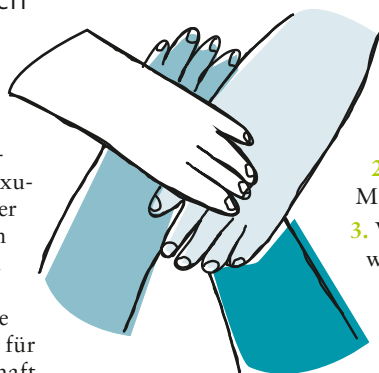


Andreas Gimpel
Geschäftsführer
des Abwasserzweckverbandes
Eisleben – Süßer See

EIN GUTER TAG FÜR INKLUSION

Inklusion bedeutet dazugehören

Für Städte, Gemeinden und öffentliche Organisationen gibt es viele gute Gründe, sich auf den Weg zur Inklusion zu machen. Alle Menschen können unabhängig von Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Ethnie, Herkunft oder Behinderung am gesellschaftlichen Leben teilhaben. So bietet der Weg zur Inklusion konkrete Chancen z.B. für die Folgenutzung von leerstehenden Immobilien, die Stärkung des Vereinslebens vor Ort und für den Umgang mit der Alterung der Gesellschaft.



Für den Weg in diese Zukunft sind drei konkrete Schritte hilfreich:

1. Entwicklung einer Vision, wie Inklusion in der Kommune aussehen soll: Wo ist konkreter Handlungsbedarf?
2. Suche nach mindestens drei haupt- und ehrenamtlichen Mitsteiter*innen: Wer geht von Anfang an mit?
3. Weiterbildung von Menschen zu Inklusionsnetzwerker*innen: Wie baut man Inklusionsnetzwerke auf?

Die antonius Inklusionsberater stehen den Kommunen ganz praktisch zur Seite. Sie moderieren die Workshops und Bürger*innenbeteiligungen und unterstützen auch bei der Akquise der Fördermittel. Gerade für Inklusion und Netzwerkaufbau gibt es viele Förderprogramme, so dass die für Bürgermeister*innen wichtigste Frage nach der Finanzierung der Projekte geklärt ist.

Inklusion findet dort statt, wo die Menschen sind – jeder sollte die Möglichkeit haben, zu bestimmen wo er leben möchte – dadurch realisieren und entwickeln wir Lebensperspektiven.

Andree Literski und Björn Bierent, Inklusionsberatung für Kommunen, antonius Stiftung



Foto: Olaf Dahlmann, privat

Wartenburgs Bürgermeister Olaf Dahlmann bringt Inklusion in seiner Gemeinde voran.

„Inklusion schließt alle ein. Damit das im Alltag einer Kommune gelingt, braucht es viel Fachwissen und einen guten Überblick“, sagt Dr. Olaf Dahlmann, Bürgermeister der Gemeinde Wartenberg im Vogelsbergkreis. Wartenberg ist ein Ort im Wandel, und Dahlmann will ihn lebenswert erhalten. Die Kommune kaufte kürzlich eine leerstehende Immobilie, um perspektivisch die Innenanlagen zwischen den alten Häusern und Höfen besser erschließen zu können, denn noch mehr Flächenwachstum fordert seinen Preis.

Und der Bürgermeister möchte, dass alle Menschen, die in Wartenberg leben, auch in Zukunft dort am Leben teilhaben können. Diese Teilhabe geschieht durch das Bekanntmachen der Inklusionsprojekte und das Schaffen von Begegnungen, aus denen letztlich Beziehungen zwischen Menschen erwachsen.

Manfred Helfrich, Bürgermeister der Gemeinde Poppenhausen an der Wasserkuppe betont: „Das Leben bei uns ist mit antonius wärmer geworden. Und für mich hat es durch die Begegnung und den Umgang mit Menschen mit Behinderung eine höhere Lebensqualität erreicht“. Er kennt die Arbeit der Bürgerstiftung antonius aus Fulda schon lange. „antonius“, sagt Helfrich, „stößt Initiativen nicht nur an, sondern begleitet sie auf Dauer. antonius vermittelt Empathie, so dass alle Menschen angenommen werden“.

Für Bürgermeister Johannes Rothmund aus Eichenzell wiederum ist „Das Schöne, das sich einstellt“, der Prozess, dass sich das Leben und Arbeiten in Eichenzell über den Kreis der Eltern von Menschen mit Behinderung hinaus erweitert hat. „Ein spannendes Projekt hat uns auf den Weg zur richtigen Inklusion gebracht“. Der Bedarf an neuen Wohnformen in einem umfassenden Sinne von Inklusion ist nach Rothmunds Worten ungebrochen. Immer mehr Menschen wünscheten sich das Leben in einer WG für Ältere in einer Immobilie, die für das letzte Lebensdrittel geeignet sei. „Das sind Projekte der Zukunft“, sagt Rothmund.

ANZEIGE

Inklusionsberatung für Kommunen

Wir unterstützen Sie:

- Prozessbegleitung
- Moderation
- Beratung
- Weiterbildung zum*r Inklusionsnetzwerker*in

Schon gehört?
Unser Podcast
„Ein guter Tag für Inklusion“

Kontakt & Anmeldung zur Weiterbildung
Andree Literski
 Inklusionsberatung für Kommunen der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch in Fulda
 T 0661 1097-363
inklusionsberatung
@antonius.de

antonius
gemeinsam Mensch

ENDLICH!

Im November 2021 ist es soweit.
**Unser erstes reguläres
 Jahrestreffen findet statt.**

Nachdem wir das Treffen wegen Corona schon zwei Mal verschieben mussten, laden wir jetzt für den 18. und 19. November 2021 nach Berlin ein. Wir werden uns im Palais der Kulturbrauerei im Prenzlauer Berg treffen.

Am 18.11. geht es um 17.30 Uhr mit einem Abendempfang los. Dort sind neben uns jungen Bürgermeister*innen auch alle dann neu- oder wiedergewählten jungen Bundestagsabgeordneten eingeladen. Eine prima Möglichkeit, junge Politik aus Kommunen und dem Bund zu vernetzen.

Am Freitag geht es dann unter dem Motto „Fundament der Demokratie: Handlungsfähige Kommunen!“ mit Vorträgen prominenter Redner*innen, mit Workshops und natürlich auch viel Zeit zum Austausch weiter. An beiden Konferenztagen lädt eine begleitende Fachausstellung unserer Partner und Sponsoren ein, sich über interessante kommunale Lösungen und Dienstleistungen zu informieren.

Aber auch Corona hat leider nach wie vor Auswirkungen: Sicherheitshalber werden wir die Teilnehmerzahl auf ca. 50 Prozent der eigentlichen Raumkapazität beschränken. Abzüglich der Referent*innen, von Ausstellern und Gästen ergibt sich somit eine maximale Teilnehmerzahl von 90 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Dabei gilt auf jeden Fall für alle die 3G-Regel. Je nach Pandemielage behalten wir uns auch vor, die Veranstaltung in 2G – mit zusätzlicher Testpflicht durchzuführen.

Wer sicher beim Jahrestreffen dabei sein möchte, meldet sich schnellstmöglich über diesen Link an:
www.junge-buergermeisterinnen.de/anmeldung



PROGRAMM

DONNERSTAG

- ab 17:30** Einlass, Ankommen und Netzwerken
- 18:30** Begrüßung der Gäste
- 18:45** Grußwort Vertreter*in junge MbB
- 19:00** **DINNER SPEECH „RATHÄUSER, START UPS UND DIE HÖHLEN DER LÖWEN.“**
 Carsten Maschmeier, Unternehmer
 Anschl. Diskussion mit dem Publikum
- 20:00** Abendprogramm, Catering, Musik

FREITAG

- ab 9:00** Ankommen und Netzwerken
- 9:35** Begrüßung und Einführung in den Tag
- 9:45** Grußwort Michael Salomo, Oberbürgermeister Heidenheim
- 10:00** **AUFTAKTIMPULS „DEMOKRATIE, MEDIEN UND KOMMUNEN“**
 Benjamin Fredrich, Gründer Geschäftsführer Chefredakteur, KATAPULT Magazin
 Anschl. Diskussion mit dem Publikum
- 10:45** Handlungsfähige Kommune (drei parallele Workshops)

• CHANCEN DER DIGITALISIERUNG

Angelika Müller Referatsleiterin BMWi (Stadt-Land-Digital): 15 Minuten Impuls
 anschl. Diskussion mit Caspar Preysing, Gigabitbüro des Bundes, Martin Montag, Hawa Dawa,
 Sebastian Greiber, Bürgermeister Wadgassen und dem Publikum
 Moderation: Alexander Handschuh, Sprecher DStGB

• FACHKRÄFTEMANGEL BEGEGNEN

Heike Krutoff, KGSt: 15 Minuten Impuls
 anschl. Diskussion mit Martin Aßmuth, Bürgermeister Hofstetten, Rainer Bernnat,
 Leiter Öffentlicher Sektor, PwC Strategy&, Petra Beckmann Frelack (Angefragt),
 Bürgermeisterin Arpensen und dem Publikum
 Moderation: Michael Salomo, Oberbürgermeister Heidenheim

• BÜROKRATIEABBAU

Dirk Neubauer, Bürgermeister Augustusburg: 15 Minuten Impuls
 anschl. Diskussion mit Ramona Schumann (Angefragt), Bürgermeisterin Pattensen,
 Dr. Tobis Bürger, Bertelsmann Stiftung, Daniel Kühnhenrich, Referent Grundsatzfragen der
 Besseren Rechtsetzung, Statistisches Bundesamt und dem Publikum
 Moderation: Nicolas Sonder, Partner PwC

- 12:00** Mittagspause
- 13:00** **IMPULS „WETTER, KLIMA UND KOMMUNEN – URSACHEN, FOLGEN, UND MÖGLICHE KOMMUNALE ANPASSUNGSTRATEGIEN“**
Dr. Katja Horneffer, Meteorologin, Leiter des ZDF-Wetterteams
Anschl. Diskussion mit dem Publikum
- 13:50** 30 Minuten Praxisvorträge
(drei parallele Vorträge ausgewählter Partner)
- 14:25** Demokratische Kommune (drei parallele Workshops)

• BÜRGERBETEILIGUNG

Barbara Bosch (Angefragt), Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Baden-Württemberg: 15 Minuten Impuls
anschl. Diskussion mit Claudine Nieth, Bundessprecherin Mehr Demokratie e.V.; Mark Trampe BM, Rellingen, Nils Anhuth, Bürgermeister Barßel und dem Publikum
Moderation: Matthias Beer, Bürgermeister Beratzhausen

• VORBILD SEIN

Prof. Dr. Susanne Marschall (Angefragt), Uni Tübingen, Direktorin des Zentrums für Medienkompetenz: 15 Minuten Impuls
anschl. Diskussion mit, Leopold Bach, Bürgermeister Feldatal, Sarah Süß (Angefragt), Bürgermeisterin Steinfurt, Cécile Weidhofer, Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF)
Moderation: Martin Pichler, BM Schönaich

• STARK IM AMT

Martin Meister, Körber Stiftung: 15 Minuten Impuls
anschl. Diskussion mit: Wiebke Schwarzweiller, Bürgermeisterin Zossen, n.n., Bürgermeister*in aus Österreich (Angefragt), Prof. Dr. Markus Köhler, OPPENLÄNDER Rechtsanwälte, Stuttgart
Moderation: Anna-Lena von Hodenberg, Hate Aid

- 15:40** Kaffeepause
- 16:00** **ABSCHLUSSIMPULS „WO GEHT'S HIER ZUR MORGENSTADT?“**
Dr. Eva Ottendörfer, Morgenstadt Initiative, Fraunhofer IAO, Leiterin Team Urban Governance Innovation
Anschl. Diskussion mit dem Publikum
- 16:45** Ausklang und Netzwerken
- 17:00** Ende der Veranstaltung



Weitere Infos:
www.junge-buergermeisterinnen.de/veranstaltungen

EINLADUNG

Gebäudebestand klimaneutral gestalten 15. September von 10.00 Uhr bis ca. 11.30 Uhr

Digitalveranstaltung von Zukunft Gas in Kooperation mit dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen. Wie können Kommunen die Klimaschutzziele erreichen.

Der Wärmemarkt, der derzeit fast ein Viertel des Endenergieverbrauchs in Deutschland verursacht, steht in Anbetracht der neuen Klimaziele vor ganz besonderen Herausforderungen: Zum einen gibt es aufgrund des heterogenen Gebäudebestands keine technische „one-size-fits-all“-Lösung und zum anderen müssen auch die unterschiedlichen Einkommensklassen der Bevölkerung bei den Klimaschutzmaßnahmen im Wärmemarkt Berücksichtigung finden. Diese Herausforderung betrifft in den Kommunen insbesondere die Privathaushalte, kommunale Wohnungsunternehmen und auch die Kommunalverwaltung selbst bei der Bewirtschaftung der kommunalen Liegenschaften.

Auf dem Podium diskutieren: Annegret-Claudine Agricola, Leiterin Public Affairs, Zukunft Gas; Axel Gedaschko, Präsident GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.; Dr. Timm Kehler, Vorstand, Zukunft Gas sowie Michael Salomo, Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim an der Brenz und Sprecher des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen.



Bitte meldet Euch hier zur Digitalveranstaltung „Gebäudebestand klimaneutral gestalten“ an:
t1p.de/klimaneutral-wohnen

Und bitte denkt daran, einen Hinweis zur Teilnahme auch an Interessierte in eurer Verwaltung oder eurem Stadt- oder Gemeinderat weiterzuleiten.

ANZEIGE

„Überlassen Sie die Besetzung von Führungspositionen nicht dem Zufall ...“

– Edmund Mastiaux, Inhaber



zfm • Seit 25 Jahren Personalberatung für Verwaltungen und kommunale Unternehmen
www.zfm-bonn.de

Sie haben eine vielversprechende Lösung für ein soziales Problem und suchen eine Förderung?

Vielversprechende Lösungen zu entwickeln und zu finanzieren ist eine Aufgabe, die oft nur dann gelöst werden kann, wenn kommunale Verantwortliche und die Menschen vor Ort zusammenarbeiten. Dabei kann die Deutsche Fernsehlotterie ein starker Partner sein.

Über die zugehörige Stiftung Deutsches Hilfswerk fördert die traditionsreichste Soziallotterie Deutschlands bundesweit soziale Projekte gemeinnütziger Organisationen. Die Stiftung wurde 1967 im Auftrag der kommunalen Spitzenverbände gegründet mit dem Ziel, unser Gemeinwesen zu stärken. Ihre Aufgabe ist es, insbesondere Projekte mit Modellcharakter zu fördern. Dementsprechend will sie dort wirken, wo es noch keine ausreichenden oder funktionierenden Lösungen für soziale Probleme gibt.

Gemeinnützige Organisationen können sich im Förderportal der Stiftung um eine Förderung bewerben. Weitere Informationen zu Fördermöglichkeiten und -voraussetzungen sowie die Sprechzeiten zur Förderberatung finden Sie auf der Homepage der Stiftung: www.deutsches-hilfswerk.de

Hier geht es zum Erklärfilm:

